



Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 0 89/2 80 01 11
Fax 0 89/2 80 56 64
info@vhbb.de
www.vhbb.de
ISSN 1862-6890

AUSGABE 2023

FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

MITTEILUNGEN

INHALTSVERZEICHNIS

■ AKTUELLES UND GRUNDSÄTZLICHES

Vorwort1

■ DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Delegiertenversammlung des VHBB..... 2

Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden Peter Meyer..... 5

Kassenbericht 2020 – 2022 von Paul Auer7

■ AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN

Oberbayern..... 8

■ AUS DEN FACHBEREICHEN

Fachbereich Technik 9

Fachbereich Lebensmittelchemie.....16

Fachbereich Kunst und Kultur..... 27



Neue Beitragsordnung..... 28

Als neue Mitglieder begrüßen wir herzlich31

Impressum /Autoren31

Wir gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern 32



*Liebe Mitglieder,
Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,*

ein ereignisreiches Jahr geht in diesen Tagen zu Ende. Leider dauert der im Februar 2022 begonnene russische Überfall auf die Ukraine weiter an. Wir haben es trotz einer bedenklichen Entwicklung mindestens seit 2014 mit der Annexion der Krim lange Zeit nicht für möglich gehalten, dass auf europäischen Boden wieder ein solcher Krieg stattfinden kann. Wir erleben die mittelbaren Folgen dieses Krieges auch für uns mit Energiekrise, schlagartig explodierender Inflation und vor allem aber auch eine tiefe Spaltung der Zivilgesellschaft über die Frage ob und wie Deutschland und Europa die Ukraine unterstützen soll.

Das Ganze gipfelte nunmehr am 7. Oktober, vor wenigen Wochen im terroristischen, höchst brutal und unmenschlich geführten Überfall der Hamas auf Israel. Die unmittelbaren Kriegshandlungen sind schlimm genug – wie in jedem Krieg. Unsere Gedanken sind bei allen Opfern aller Kriege, in der Diskussion um die Gaza-Krise wollen wir den Ukraine-Krieg aber nicht vergessen.

Ich persönlich kann mich keiner einseitigen Kritik über das Vorgehen der israelischen Armee anschließen. Hier werden vielerorts Ursache und Wirkung bewusst verdreht. Wer die israelischen Opfer schlichtweg übersieht und sich nur für eine angebliche Befreiung Palästinas ausspricht, verhöhnt die israelischen Opfer und handelt schlicht menschenverachtend.

Was ist in unserem Land passiert? Im Deutschland des 21. Jahrhunderts werden die Häuser von jüdischen Bürgerinnen und Bürgern beschmiert und finden antisemitische Demonstrationen statt. Ich habe in meiner juristischen Ausbildung gelernt, dass unser Grundgesetz unter dem Gesichtspunkt *nie wieder* ausreichend starke Sicherungen bekommen habe. Ist das wirklich der Fall? Wir alle, die Zivilgesellschaft und der öffentliche Dienst, müssen jetzt jeden Tag unsere Demokratie und das friedliche Zusammenleben verteidigen.

Die gerade laufende Einkommensrunde der Länder hat bisher zu keiner Einigung geführt. Die Vertreter der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst fordern, dass die Tabellenentgelte der Beschäftigten um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden sollen.

Die Landtagswahlen 8. Oktober 2023 haben die bisherige Regierung bestätigt. Die CSU und die Freien Wähler haben am 26. Oktober ihren Koalitionsvertrag unterzeichnet. Dieser äußert sich auch explizit zur Rolle des Staates als Dienstherr und Arbeitgeber. Er stellt u. a. fest, dass die rund 380.000 Beschäftigten des Freistaats Bayern das Rückgrat der Staatsverwaltung sind. Der Freistaat honoriere dies durch gute Arbeitsbedingungen und eine im Bundesvergleich herausragend gute Bezahlung und Besoldung.

Anhand dieser Aussagen kann man eine systemgerechte Übernahme der Tarifergebnisse in die Besoldung erwarten. Ich hoffe, dass dies auch geschieht und die finanziellen Mehrbelastungen der letzten zwei Jahre dadurch ausgeglichen werden.

Bei der Delegiertenversammlung am 17. November musste unser Verband nach 11 Jahren leider die Beiträge erhöhen. Die neu beschlossene Beitragsordnung sieht dabei moderate Erhöhungen vor und ich darf alle Mitglieder um Ihr Verständnis für diese Maßnahme bitten. Bitte lesen Sie hierzu auch die Ausführungen auf Seite 28.

Danken möchte ich an dieser Stelle allen Bezirks- und Fachbereichsvorsitzenden sowie deren Vorständen für Ihre Arbeit. Ebenso danke ich dem Landesvorstand für die stets guten Beratungen und der Geschäftsstelle, Rosalia Winklhofer und Roland Hoffmann, für ihre treuen Dienste und die geleistete Arbeit für unsere Mitglieder.

Am Ende dieses turbulenten Jahres möchte ich es nicht versäumen, Ihnen und Ihren Angehörigen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein gutes neues Jahr mit viel Gesundheit und Gottes reichen Segen zu wünschen.

Mit herzlichen Grüßen

Peter Meyer
1. Vorsitzender



Delegiertenversammlung des VHBB



Am 17. November 2023 fand die Delegiertenversammlung im Bezirk Oberbayern statt. Um 11.00 Uhr begrüßte der 1. Vorsitzende *Peter Meyer* die Delegierten des VHBB und die Gäste *Thomas Schwarzenberger*, neu gewählter Präsident des Bezirks Oberbayern, *Wolfgang Hauber*, MdL und stellv. Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, *Dr. Alexander Dietrich*, MdL (CSU), *Rainer Nachtigall*, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), *Michael Schwägerl*, Vorsitzender des bayerischen Philologenverbandes (bpv) und *Barbara Stockinger*, Vorsitzende des Bayerischen Richtervereins e.V. (BRV) und den Regierungspräsidenten von Oberfranken, *Florian Luderschmid*. Ebenso herzlich begrüßte Herr Meyer den Ehrenvorsitzenden des VHBB, *Dr. Wolfgang Kunert* und die Ehrenmitglieder *Dr. Günter Hilg*, *Gerd Iffert* und *Dr. Wolfgang Wigand*.

In seiner Begrüßungsrede gab Peter Meyer einen kurzen Rückblick auf die Zeit seit der letzten Mitgliederversammlung am 24. Oktober 2019. Seitdem sei viel Unvorhergesehenes passiert. Die Jahre 2020 und 2021 waren geprägt von den Irrungen und Wirrungen rund um die Corona-Pandemie. Im Februar 2022 wurden wir alle nicht nur überrascht, sondern geschockt vom russischen Überfall auf die Ukraine. Und vor wenigen Wochen am 7. Oktober passierte der terroristische, höchst brutal und unmenschlich geführte Überfall der Hamas auf Israel. Peter Meyer brachte sein Unverständnis über die antisemitischen Demonstrationen in Deutschland zum Ausdruck.



Wolfgang Hauber, MdL und stellv. Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler

Thomas Schwarzenberger, Präsident des Bezirks Oberbayern

Der Vorsitzende bat dann den Hausherrn, Bezirkstagspräsident Thomas Schwarzenberger, um sein Grußwort. Herr Schwarzenberger hieß alle Anwesenden und die Ehrengäste im Bezirk Oberbayern herzlich willkommen. Er berichtete von seiner Wahl zum Bezirkstagspräsidenten am 3. November 2023 und erläuterte kurz seine Arbeit als 1. Bürgermeister von Krün. Sein Heimatort wurde nicht zuletzt bekannt, als anlässlich des G7-Gipfels Bundeskanzlerin Angela Merkel und US-Präsident Barack Obama der Dorfbevölkerung von Krün vor dem Rathaus einen Besuch abstatteten.

Anschließend bat Peter Meyer den Abgeordneten Wolfgang Hauber von den Freien Wählern um sein Grußwort. Herr Hauber erklärte, dass er sein Grußwort auch im Namen des Koalitionspartners der CSU, Dr. Alexander Dietrich spreche. Er beschrieb die Einzigartigkeit Bayerns aufgrund seiner kulturellen und landschaftlichen Vielfalt sowie seiner Lebensfreude und Gastlichkeit. Er dankte den Beamten für deren geleistete Arbeit, die maßgeblich für die hohe Lebensqualität in Bayern und die gut funktionierende Verwaltung ist. Sie sei der Garant für Sicherheit, Ordnung und Wohlstand.

Die funktionierende Verwaltung setze politische Entscheidungen vor Ort mit Augenmaß und Sachverstand um. Als ehemaliger Polizeibeamter kenne er beide Seiten, die politische Entscheidungsfindung ebenso wie die administrative Umsetzung. Wichtig sei es, dass die Beamtenschaft ein hörbares Sprachrohr hat, das sich für die Belange der Verwaltung einsetzt und bereit ist, auch unangenehme Wahrheiten an die Politik heranzutragen.

Der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes, Rainer Nachtigall dankte dem Verband für sein Engagement in den Gremien des BBB. Sein besonderer Dank galt dabei Peter Meyer und Dr. Monika von Walter für ihre Mitarbeit im Hauptvorstand. In seinem Grußwort erläuterte er kurz die derzeit laufenden Tarifverhandlungen für die Länder, die dann auf die Besoldung der Beamten übertragen werden wird.

Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes Michael Schwägerl dankte dem VHBB für die Einladung. Er freue sich, vor so einem versierten und engagierten Gruppe von Führungskräften des ehemaligen höheren Verwaltungsdienstes zu sprechen, die einen maßgeblichen Beitrag zur Rechtsstaatlichkeit, Modernität und Flexibilität des öffentlichen Dienstes in Bayern geleistet habe. Herr Schwägerl verwies auf das Leitbild des VHBB, welches für Rechtsstaatlichkeit, Modernität und Flexibilität des öffentlichen Dienstes steht und durch die Prinzipien *kompetent, bürgernah, fortschrittlich* weiter untermauert werde. Die Ziele, angefangen bei einem erfolgreichen Management in einer durch Qualität überzeugenden Verwaltung bis zur Sicherung unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaats, seien wegwei-



Rainer Nachtigall,
Vorsitzender des BBB



Florian Luderschmid,
Regierungspräsident von
Oberfranken



Michael Schwägerl,
Vorsitzender des bpv

send und gerade jetzt von höchster Relevanz in Zeiten von Demokratieverdrossenheit und einer zunehmenden Entsolidarisierung.

So seien die Forderungen nach überzeugenden, zukunftsfähigen Konzepten, angemessener Personalausstattung, moderner Verwaltung und einem motivierenden Dienstrecht nicht nur berechtigt, sondern auch essenziell für die Handlungsfähigkeit des Staates. Auch hier gebe es eine große Übereinstimmung mit den Forderungen des bpv. Besonders würdigte er den politischen Erfolg des VHBB für seine Petition zur Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten. Dies zeige, dass der VHBB aktiv und schlussendlich erfolgreich für die Interessen seiner Mitglieder eintrete.

Peter Meyer bedankte sich bei allen Rednern für ihre Grußworte und bat nun den Regierungspräsident von Oberfranken Florian Luderschmid um seinen Vortrag zum Thema *Die Regierungen – einst der Abschaffung entgangen, jetzt als Krisenbewältiger, Förderer und Zukunftsplaner gebraucht.*



Michael Schwägerl, Wolfgang Hauber, MdL, Barbara Stockinger, Peter Meyer, Dr. Alexander Dietrich, MdL, Florian Luderschmid, Rainer Nachtigall

Herr Luderschmid begrüßte die Anwesenden und stellte die wichtige Funktion der Regierungen in Bayern dar. In den 2000-er Jahren gab es eine heftige Abschaffungsdiskussion in Bayern. Viele hielten die Regierungen für aus der Zeit gefallen und nicht mehr zeitgemäß. Zum Glück konnten sich diese Zeitgenossen nicht durchsetzen, denn man sah bei genauerem Hinsehen die immense Bedeutung der Regierungen für einen funktionierenden Staat.

Gerade in den letzten acht Jahren seien die Regierungen mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Die immer noch andauernde Flüchtlingskrise, die Corona-Krise, die Ukraine-Krise, die Energiewende (Bau von Windenergieanlagen, Netzausbau etc.) seien große Herausforderungen, denen sich die Regierungen mit ihren Mitarbeitern täglich stellen müssten. Ebenso seien sie als Geldgeber bzw. Förderer bei den Themen Krankenhaus, KiTa, Schule, Städtebau, Wohnraum und Wirtschaft dringend notwendig.

Der Vorsitzende dankte Florian Luderschmid für seinen interessanten Vortrag und unterbrach die Delegiertenversammlung für eine kurze Mittagspause.

Nach dieser Pause wurde die Delegiertenversammlung mit der Feststellung der form- und fristgerechten Ladung durch den 1. Vorsitzenden Peter Meyer fortgesetzt. Die Einladungen für die Delegiertenversammlung wurden gemeinsam mit der Tagesordnung am 30. Oktober 2023 versandt und damit ist diese Versammlung satzungsgemäß einberufen worden. Die Ankündigung der Mitgliederversammlung wurde am 9. Oktober 2023 versandt. Die Versammlung ist gemäß § 10 Abs. 1, Satz 1 der Satzung beschlussfähig.

Anschließend gab der 1. Vorsitzenden Peter Meyer seinen Rechenschaftsbericht ab. Anschließend trug der Kassenleiter Paul Auer seinen finanziellen Rechenschaftsbericht vor. (Beide Berichte können Sie im auf den Seiten 5 und 7 nachlesen.

Nachdem es keine Fragen oder Anregungen gab, wurde der nächste Tagesordnungspunkt Antragsberatung/ Beschlussfassung begonnen.

Der Kassenleiter Paul Auer und der 1. Vorsitzende Peter Meyer baten die Delegierten um ihre Genehmigung der neuen Beitragsordnung, die ab dem 1. Januar 2024 gelten solle. Die neuen Beiträge wurden auf die Leinwand projiziert. Die von Paul Auer vorgetragenen Gründe für die Beitragserhöhung können Sie auf Seite 28 nachlesen. Dabei erhob der Ehrenvorsitzende Dr. Wolfgang Kunert den Einwand, dass der Vorstand besprochen habe, bei den Referendaren keine Erhöhung vorzusehen. Peter Meyer dankte Dr. Kunert für seinen berechtigten Einwand, bestätigte diesen und bat die Versammlung, der vorgelegten Beitragserhöhung mit der von Dr. Kunert eingebrachten Änderung zuzustimmen. Diese wurde dann so einstimmig angenommen und beschlossen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen unter den Tagesordnungspunkten Verschiedenes gab, dankte Peter Meyer den Delegierten für ihre Teilnahme und beendete die Versammlung.

Roland Hoffmann
VHBB-Geschäftsstelle



Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

für den Rechenschaftsbericht von Belang ist zunächst natürlich, dass die an die Mitgliederversammlung nach zwei Jahren anschließende Delegiertenversammlung, also im Jahre 2021 nicht durchgeführt werden konnte.

Zu diesem Zeitpunkt bestand zwar kein ausdrückliches Verbot derartiger Versammlungen, aber nach einem nach Entspannung aussehenden Sommer stiegen im Spätsommer täglich die Infektionszahlen *mit den Mallorca Rückkehrern* steil an und der Vorstand hat sich schweren Herzens entschlossen, kein Risiko für die Teilnehmer eingehen zu wollen und hat die Versammlung daher nicht durchgeführt.

Auf eine politische Bewertung der Corona-Krise mit all ihren Facetten, die uns heute noch auch in der Verwaltung beschäftigen will ich heute verzichten. Ich habe in den Jahresheften dazu Stellung genommen. Sie haben es damals sicherlich schon zur Kenntnis genommen und Ihre eigene Meinung dazu entwickelt. Die Jahreshefte sind übrigens seit dem Jahrgang 2012 auf unserer Homepage elektronisch abrufbar.

Zurück zur Chronologie unserer Versammlungen

Die für 2022 ersatzweise geplante Delegiertenversammlung, zu der für Oktober bereits geladen war, musste wiederum kurzfristig wegen einer akuten Erkrankung von mir abgesagt werden. Ich bitte hierfür nochmals um Entschuldigung. Gleichzeitig darf ich mich für die mir zugegangenen freundlichen Genesungswünsche herzlich bedanken. Das hat sehr gutgetan.

Was den Rhythmus unserer Mitglieder- und Delegiertenversammlung angeht, haben wir uns nunmehr entschieden, mit dieser heutigen Delegiertenversammlung zwar zwei Jahre *zu spät* zu sein, aber im kommenden Jahr 2024 dann eine Mitgliederversammlung anzuschließen, um dann hoffentlich wieder in den Takt zu kommen.

Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden

Lassen Sie mich einige Eckpunkte der Verbandsarbeit nennen: Als Vorsitzender des VHBB bin ich auch Mitglied im Hauptvorstand des BBB, neben unserer geschätzten Ilse Schedl und bis vor einigen Monaten auch *Dr. Monika von Walter*, die jedoch aus eigenem Antrieb den Hauptvorstand verlassen hat und sich jetzt auf ihre Tätigkeit als Hauptpersonalratsmitglied konzentriert. Der Hauptvorstand tagt mehrmals im Jahr und bietet neben der Gelegenheit zum Austausch mit den anderen Verbänden und auch einen hervorragenden Informationsfluss über die aktuelle politische Entwicklung im bayerischen öffentlichen Dienst. Insbesondere 2020 war gekennzeichnet durch Lockdown, es waren keine Versammlungen möglich eben auch nicht auf Bezirksebene.

Der Eisenbahnerstreik im Sommer 2021 war Anlass für mich, an den GdL-Vorsitzenden ein Schreiben zu richten. Ich habe darin meinen selbstverständlichen Respekt vor dem grundgesetzlich geschützten Streikrecht ausgedrückt aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass bei einem Arbeitskampf im Bereich der Daseinsvorsorge meiner Auffassung nach mehr Rücksicht auf die Belange Bürgerinnen und Bürger genommen werden muss. Eine Antwort habe ich nie erhalten.

2021/2022 Bayerisches Lobbyregistergesetz

Das bayerische Lobbyregistergesetz hat innerhalb der Beamtenverbände zu Irritationen gegenüber dem bayerischen Landtag geführt. Ich habe dazu in den Jahresheften bislang ausführlich berichtet und kann darauf auch größtenteils bezugnehmen. Was mich etwas betrübt hat war die völlige Verständnislosigkeit seitens des Vorsitzenden des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, Wolfgang Fackler, der den Ausschuss als von diesem Gesetz überhaupt nicht betroffen angesehen hat und sich eher noch darüber mokiert hat, dass 30 Beamtenverbände überhaupt gewagt hätten, den Rechtsweg zu den Gerichten zu beschreiten. Was uns dazu bewegt hat war einfach die Tatsache, dass der bayerische Landtag zwar den Bayerischen Beamtenbund als Spitzenorganisation privilegiert hat, dass dieser nicht registrierungspflichtig sei, wie beispielsweise die DGB-Gewerkschaften auch, nicht aber die Mitgliedsverbände des BBB. Der BBB wurde erst in einer Nachbesserung des Gesetzes eingebunden, nachdem der Landtag darauf aufmerksam gemacht werden musste, dass der BBB schlichtweg vergessen wurde. Es war und ist nach wie vor nicht zu vermitteln, dass der BBB die grundsätzlichen Dinge als Spitzenorganisation vertritt, jedoch die speziellen fachbezogenen Angelegenheiten von den Fachverbänden selbst gegenüber der Politik vertreten werden. Mittlerweile ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Einerseits hat der bayerische Verfassungsgerichtshof



zwar punktuelle Bedenken an dem Gesetz formuliert, hat aber darauf verwiesen, dass diese Dinge zunächst in der Fachgerichtsbarkeit zu klären wären. Das bayerische Verwaltungsgericht München hat wiederum angeregt, den Fall für Ruhend zu erklären, während der bayerische Verfassungsgerichtshof mitgeteilt hat, dass auf absehbare Zeit im Jahr 2023 mit keiner Entscheidung zu rechnen sein wird. Der Vorstand des VHBB hält weiterhin daran fest, vorerst eine Registrierung nicht vorzunehmen um nicht vollendete Tatsachen zu schaffen. Das beschränkt möglicherweise unsere Handlungsfähigkeit gegenüber dem bayerischen Landtag, was aber bislang nicht der Fall war. Wie wir heute mit der Anwesenheit der Abgeordneten von CSU und FW gesehen haben, stehen wir weiterhin in Kontakt und persönliche Verwerfungen liegen nicht vor. Es hat auch keinen Sinn, jetzt nochmals mit den Fraktionen zu verhandeln. Nach meiner Auffassung warten wir eben auf die Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshof und werden dann die entsprechenden Schlüsse ziehen. Ansatzpunkte dafür, dass unsere Rechtsauffassung nicht völlig daneben liegt, gibt es in der Eilentscheidung des Verfassungsgerichtshofs.

2022 Petition zur Wegstreckenentschädigung

Zum Jahresbeginn 2022 wurde ich von einem Mitglied aus dem Fachbereich Forst darauf hingewiesen, dass insbesondere die Revierförster, die zu großen Teilen mit dienstlich anerkannten Privatfahrzeugen ihren Dienst verrichten, unter den damals exorbitant gestiegenen Treibstoffkosten leiden würden und die vom Freistaat Bayern für derartige Dienstfahrten gewährte Kilometerentschädigung nicht mehr ausreichend sei. Daraufhin habe ich eine Petition sowohl an den Bayerischen Landtag als auch an das Bayerische Finanzministerium gerichtet. Zeitgleich hat auch der BBB mit der Staatsregierung über die Thematik der Kilometerentschädigung verhandelt. Nach einigen Wochen tauchte im Bayerischen Landtag ein gemeinsamer Antrag von CSU und Freien Wählern auf, der textlich deutlich übereinstimmend mit den Formulierungen aus meiner Petition war, was ich jetzt persönlich nicht schlimm fand, sondern mich eher bestätigt fühlte. Letztendlich wurde mit einer gesetzlichen Regelung mit Wirkung zum 1. Januar 2023 die Anhebung der Wegstreckenentschädigung für Dienstfahrten mit dem Privat Pkw auf 0,40 Euro/Kilometer in Kraft gesetzt.

2022/23 Gesetz zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile:

Der BBB war federführend höchst intensiv tätig und hat den Hauptvorstand regelmäßig über den laufenden Vorgang unterrichtet und auch mit der Staatsregierung gerungen.

Angesichts der komplexen Regelungsmaterie war da auch kein großer Anlass für eigene Initiativen eines doch kleineren Verbandes wie dem VHBB. Das Gesetz ist mittlerweile in Kraft getreten mit einer umfangreichen Neuregelung der Ortszuschläge und auch einer systematischen Neuausrichtung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile. Die Umsetzung dieser Änderung ist eine Mammutaufgabe für das Landesamt für Finanzen. Da wurde viel und, wie normalerweise üblich, gut gearbeitet.

Aber, es ist auch verständlich und entschuldigbar, dass dabei auch Fehler passieren. In unserer Geschäftsstelle ist schon der erste Rechtschutzantrag wegen Rückforderung von zu viel geleisteter Zahlung nach der Rechtsänderung eingegangen. Das zeigt auch, dass unsere Geschäftsstelle gerade mit den Rechtschutzanträgen ebenfalls viel und sehr gut arbeitet. Und damit bin ich beim laufenden Geschäft: Es wird durch die Beratung von Mitgliedern, Rechtschutzanträgen, Abwicklung von Versicherungsschäden und weitere Aufgaben wertvolle Arbeit in der Geschäftsstelle geleistet.

In den Bezirksverbänden sind die letzten Jahre nicht spurlos vorübergegangen. Und so entwickelt sich nach der Pandemie wieder das Verbandsleben in den einzelnen Bezirken. Den Bezirksvorsitzenden *Dr. Wolfgang Bruckmann, Thomas Kerner, Martin Mommers, Michael Pahlke, Hans-Peter Smolka* und *Petra Wengert* danke ich für ihr Engagement und Arbeit.

In den fünf Fachbereichen wird wertvolle Arbeit geleistet. Nicht zuletzt sehen Sie dies auch an den Beiträgen in unserer Mitgliederzeitschrift. Danken möchte ich auch an dieser Stelle den Fachbereichsvorsitzenden *Dr. Norbert Christoph, Dr. Peter Pröbstle, Hans-Peter Smolka, Frieder Vogelsong* und *Dr. Monika von Walter* für ihr Engagement und Arbeit.

Ohne die anderen Fachbereiche zurückzusetzen, darf ich mich beim Fachbereich Lebensmittelchemie bedanken, die unermüdlich im Kontakt mit dem LGL und auch mit der Staatsregierung sind, um dringend notwendige Stellenverbesserungen zu erreichen. Leider liegen die Schwerpunkte der Politik im Bereich des Veterinärwesens. Aber so wie ich unsere Kollegen kennenlernen durfte, bleiben die am Ball.

Perspektivisch werden wir als Verband verstärkt auf die Neugewinnung von Mitgliedern achten müssen. Da erhebe ich keinerlei Vorwurf gegen unsere Bezirksverbände. Vielmehr ist ja nach meinem Eindruck auch zu beobachten, dass

das Interesse zum Beitritt eines Berufsverbandes in der uns nachfolgenden Generation weniger ausgeprägt ist als in früheren Zeiten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einen ganz herzlichen, aber ebenso wichtigen Dank aussprechen: An unsere Geschäftsstelle, die unermüdlich ihren Aufgaben der Buchhaltung, der Mitgliederverwaltung, der Bearbeitung von Rechtsschutzanträgen und Mitgliedernanfragen den gesamten Schriftverkehr mit Geburtstagschreiben, Neuaufnahmen, Kondolenzbriefe an Angehörige verstorbener Mitglieder und vieles mehr zuverlässig erledigt. Liebe Frau *Winklhofer* und lieber *Roland Hoffmann* – Roland Hoffmann sagt dann

immer *naja das ist mein Job* – ja, das ist es. Aber es ist eben nicht einfach die Erledigung eines Jobs, sondern Du bist mit Herzblut und vollem Engagement dabei. Du und Frau Winklhofer, ihr seid eine wertvolle Unterstützung für mich und den Verband. Dafür ein ganz herzlicher Dank.

Damit darf ich dann auf den Kassenbericht überleiten, den Ihnen unser Kassenleiter *Paul Auer* vortragen wird. Auch Herrn Auer möchte ich an dieser Stelle sehr herzlich für seine großartige Arbeit als Kassenleiter danken.

Peter Meyer
1. Vorsitzender ■

Kassenbericht 2020-2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie in den vergangenen Jahren ist im Berichtszeitraum die Zahl unserer Mitglieder leider weiter gesunken. Die **Einnahmen** aus Mitglieds- und Versicherungsbeiträgen verringerten sich dadurch von **200.743,44 Euro** im Jahr **2020** auf **197.424,57 Euro** im Jahr **2021** und auf **192.658,98 Euro** im Jahr **2022**.

Die **Ausgaben** für das Jahr **2020** beliefen sich auf **198.281,78 Euro**, für **2021** waren dies **197.424,57 Euro** und für das Jahr **2022** **199.895,45 Euro**.

Wesentliche Ausgabenpositionen waren hier die Beiträge an den Bayerischen Beamtenbund (**BBB**) mit **ca. 40.000 Euro**, die Beiträge an den Bundesverband **bvhd** mit **14.500 Euro**, die obligatorische **Haftpflichtversicherung** mit **ca. 58.000 Euro** und die **Personalkosten** (Gehälter, Sozialabgaben und Lohnnebenkosten) für die Geschäftsstelle mit **ca. 57.000 Euro**.

Die Kosten für die **Büroräume** und den damit verbundenen Ausgaben stiegen wegen einer **Mieterhöhung** um etwa **2.000 Euro** auf **ca. 13.600 Euro** an.

Die Druck- und Versandkosten für die **BBB-Nachrichten** und unser **VHBB-Mitteilungsblatt** betragen für das Jahr **2020 ca. 13.500 Euro**, für **2021 13.800 Euro** und für **2022 13.700 Euro**. Diese Kosten waren also nahezu unverändert.



Paul Auer, Kassenleiter des VHBB

Unsere für Eventualverbindlichkeiten beschlossene Rücklage von 40.000 Euro liegt deutlich unter dem derzeitigen Verbandsvermögen von 91.360,78 Euro.

Für das Jahr **2020** konnte ein Überschuss von genau **2.461,66 Euro** erzielt werden. Im Jahr **2021** mussten wir ein **leichtes Minus von -241,22 Euro** hinnehmen. Leider wuchs dieses **Minus im Jahr 2022 auf -6.936,47 Euro** an.

Aufgrund der deutlichen Kostensteigerungen ist eine Beitragserhöhung nach nunmehr 11 Jahren leider notwendig.

Paul Auer
Kassenleiter ■



Oberbayern

Bericht aus dem Bezirksverband Oberbayern:

Der Bezirksverband Oberbayern zu Gast im Deutschen Theatermuseum

Das Deutsche Theatermuseum am Hofgarten veranstaltete von Mitte April bis Ende Juli eine Kabinett- ausstellung unter dem Titel *In meiner Vorstellung. Die Welt der exklusiven Aufführungen von König Ludwig II.* Nachdem König Ludwig II. im Februar 1872 beschlossen hatte, sich dem Volk bei Theateraufführungen nicht mehr zu zeigen, fanden bis 1885 im Residenz- und Nationaltheater in München mehr als 200 Schauspiel-, Opern- und Ballettvorstellungen, sog. Separatvorstellungen statt, die exklusiv nur für den König als einzigen Zuschauer aufgeführt wurden. In der Ausstellung waren zahlreiche Exponate wie Kostüme, Schauspielerportraits, Fotografien und Zeichnungen, aber auch Modelle aufwendiger Bühnenbilder zusammengetragen worden, so dass jeder für eine gewisse Zeit in die Gedankenwelt des Königs eintauchen konnte. Weitere Stationen der Ausstellung waren auch im benachbarten Residenz- museum zu sehen.

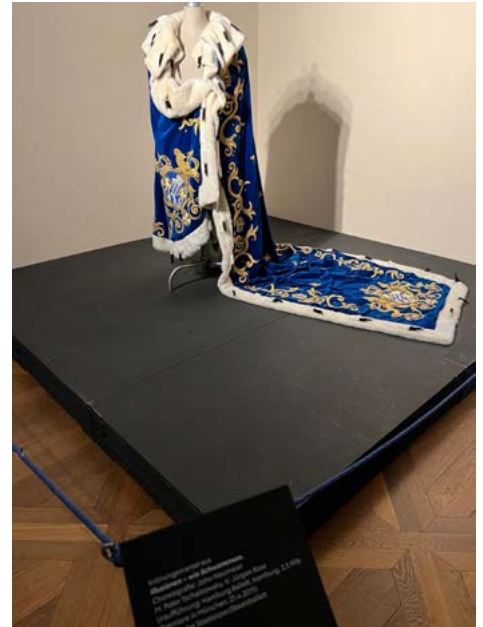
Eine Gruppe von 15 Personen des Bezirksverbands Oberbayern fand sich am Nachmittag des 18. Juli zusammen, um sich im Rahmen einer exklusiven Kombiführung für kurze Zeit in diese Traumwelt entführen zu lassen. Unter dem Motto *Ludwigs II. (T)Raumfabrik – mit dem König ins Theater* führten die Theaterhistorikerin Anette Spieldiener und ihr Kollege, der Germanist und Schauspieler Michael Weiser von der Kulturvermittlung *Münchner Schatzsuche* auf äußerst unterhaltsame und kurzweilige Weise, bereichert durch vorgetragene Tagebuchauszüge, Dialoge und Spielszenen, durch die Ausstellung im Theater- museum und ausgewählte Räume im

Residenz- museum. Man konnte sich ein Bild davon machen, wie sehr der König auch persönlich in die Gestaltung der Inszenierungen eingegriffen hatte und auf welch modernem Stand die Bühnentechnik damals in München bereits



war. Der Ausstellungsbesuch endete in den wunderbaren Räumen des Cuvill- éstheaters, wo ebenfalls zahlreiche Separatvorstellungen stattfanden, wenn auch das Theater damals an anderer Stelle als heute untergebracht war.

Dr. Monika von Walter
Vorstandsmitglied



Einblicke in die Führung aus der Perspektive der Teilnehmer



Technik

Koalitionsvertrag geschlossen – Das Zauberwort heißt *Redimensionieren*

Auch wenn sich der Markt derzeit zu stabilisieren scheint, so sind die Baupreise bedingt durch Corona und insbesondere durch kriegerische Handlungen in der jüngeren Vergangenheit massiv gestiegen. Zahlreiche Baumaßnahmen werden daher überdacht und unter die Lupe genommen. Sei es auf der kommunalen Seite, wie zum Beispiel das Kulturzentrum Gasteig in München, oder auf der Seite des Freistaats Bayern wie exemplarisch das Naturkundemuseum oder das Konzerthaus München. Bereits fertig geplante Projekte werden hinterfragt und mit dem Ziel einer Kosteneinsparung *redimensioniert*. Dieser Begriff befindet sich im Koalitionsvertrag der neu gewählten Bayerischen Staatsregierung. Ob dieses Vorgehen indessen tatsächlich zielführend ist, bezweifeln Fachleute.

Am 8. Oktober 2023 fanden in Bayern die Landtagswahlen statt und schon im Vorfeld war das Ziel einer erneuten Koalition zwischen CSU und Freien Wählern weitgehend absehbar. Die beiden Parteien unterzeichneten am 26. Oktober 2023 den Koalitionsvertrag *Freiheit und Stabilität – Für ein modernes, weltoffenes und heimatverbundenes Bayern*. Er bildet die Grundlage für die Regierungsarbeit im Freistaat während der Legislaturperiode 2023 bis 2028.

Wir können auf fünf erfolgreichen Jahren aufbauen, lässt die Bayerische Staatsregierung in der Präambel des Koalitionsvertrags verlauten. Bayern liege in fast allen Bereichen vorne in Deutschland: bei der Sicherheit, bei den Finanzen, auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, beim Ausbau erneuerbarer Energien, in Schule und Bildung sowie der Bewahrung der Schöpfung. Wichtige und langfristige



„ Die Staatsregierung steht auch künftig dazu, in München einen Konzertsaal im Werksviertel zu errichten, der der internationalen Bedeutung seiner Klangkörper gerecht wird.

Weichen seien in der vergangenen Legislaturperiode für die Zukunft gestellt worden. *Dennoch ist die Zeit eine andere als vor fünf Jahren: Internationale Kriege, wirtschaftliche Krisen, Klimawandel und wachsender Extremismus fordern uns heraus*, so die Koalitionäre. *Wir setzen auf einen schlanken und schnellen Staat, in dem die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt steht. Freiheit statt Dirigismus – nur mit weniger Bürokratie werden wir international wettbewerbsfähig bleiben und unseren Platz als Wirtschaftsstandort von Weltrang verteidigen. Wir bauen staatliche Regeln ab und neuen unternehmerischen Erfolg auf. Unser Ziel: mehr ermöglichen und weniger verhindern. Die Verwaltung soll noch digitaler werden. Wir wollen, dass der Staat und seine Behörden überall gleich gut erreichbar sind und das Gleiche leisten. Wir wollen den Alltag der Menschen unkomplizierter machen und die*



Lebensqualität im gesamten Land steigern. Wirft man einen näheren Blick in Details des annähernd 90-seitigen Werkes, so betreffen viele Ziele auch die Arbeit der Führungskräfte Bayerischer Verwaltungen. Im Folgenden können nur wenige Punkte exemplarisch und mit Bezug auf den Fachbereich Technik herausgegriffen werden.

Im Kapitel Gesundheitsvorsorge und Pflege wird die sogenannte Krankenhausmilliarde angekündigt: *Wir investieren weiterhin kräftig in eine zukunftsfähige, hochwertige und möglichst wohnortnahe bayerische Krankenhausinfrastruktur. Wir wollen unsere Krankenhausstrukturen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Die bisherige Rekordförderung erhöhen wir bedarfsgerecht in den nächsten fünf Jahren auf 1 Mrd. Euro (Krankenhausmilliarde). Damit wird es in Bayern, anders als in vielen anderen Bundesländern, auch weiterhin keinen Investitionsstau geben. Wie bisher wird ein Großteil der Investitionsmittel in Krankenhäuser im ländlichen Raum fließen.* Das klingt zwar sehr positiv, wer sich in der Krankenhauslandschaft auskennt, weiß indessen, dass seit vielen Jahren (Jahrzehnten) dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen aus Kosten- und Kapazitätsgründen gestreckt oder gar regelmäßig verschoben werden

Kommunen sollen bei der Sanierung ihrer Schwimmbäder durch die Fortführung des Sonderprogrammes zur Förderung kommunaler Schwimmbäder weiterhin kraftvoll unterstützt werden. *Um den bayerischen Kommunen beschleunigte Investitionen in ihre Infrastruktur, vor allem Kitas und Schulen, zu ermöglichen, werden wir die hierfür vorgesehenen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhöhen. Dies ist ein zusätzlicher Schub für die Kommunen als wesentliche Trä-*



Als Standort für das Münchner Konzerthaus wurde 2016 das Werksviertel direkt am Münchner Ostbahnhof ausgewählt – ein neues urbanes Stadtviertel in einem ehemaligen Industrieareal.

Foto: bloomimages für cukrowicz nachbaur architekten, www.konzerthaus-muenchen.de

ger öffentlicher Baumaßnahmen. Weiterhin werden wir auf eine gute personelle Ausstattung in den Verwaltungen vor Ort achten, insbesondere um bei aktuell gesellschaftlich hochrelevanten Themen wie etwa dem Ausbau Erneuerbarer Energien gut aufgestellt zu sein.

Mit der *Offensive.Heimat.Bayern 2025* setzt die Staatsregierung weiterhin auf eine aktive Strukturpolitik für ganz Bayern. Die Behördenverlagerung als Teil der Heimatstrategie wird konsequent fortgesetzt. Ziel bleibe stets die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land. Seit 2015 läuft eine ganze Welle von Behördenverlagerungen aus Zentren in die ländlichen Regionen Bayerns. Die Staatsregierung verfolgt mit ihrer *Heimatstrategie* das Ziel, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern gefördert werden sollen. Bis zum Jahr 2030 sollen 5.200 Arbeitsplätze und 1.330 Studienplätze in die Regionen verlagert oder dort neu aufgebaut werden, das geht aus der Internetseite des Finanz- und Heimatministeriums hervor. Allerdings sind diese Verlagerungen auf einen langen Zeitraum

angelegt, nämlich zum Teil auf mehr als zehn Jahre. Und der Fokus liegt darauf, keine Menschen, sondern Arbeitsplätze zu verlagern. Es werde weiterhin keine Zwangsversetzungen geben, sondern ein sozialverträgliches Vorgehen sowie ein ganzes Paket finanzielle und nicht-finanzielle Anreize.

Notwendige Kulturbaumaßnahmen sollen in der anstehenden Legislaturperiode priorisiert werden. Dabei gelte der Grundsatz: *Wir investieren in der Fläche und mit Fokus.* An der FAG-Förderung für Kulturbauten wird dabei grundsätzlich festgehalten.

Gemeinsam mit dem Bund wird das Vorhaben zur Sanierung des Bayreuther Festspielhauses auf Grundlage abgeschlossener Vereinbarungen fortgeführt. Eingedenk des historischen Erbes Nürnbergs bekennt sich die Koalition gerade auch zu einem kraftvollen Engagement des Freistaats bei der Sanierung und Modernisierung der Nürnberger Kulturinstitutionen.

Am Standort München folgt die Regierung der Kulturkaskade für staatliche

Baumaßnahmen: Die baulichen Aufgaben in der Landeshauptstadt sind geprägt durch das historische Erbe der Wittelsbacher. Wir sind dankbar für diese internationale Strahlkraft und widmen uns den notwendigen Sanierungen und Modernisierungen in strukturierter Abfolge.

Die Staatsregierung steht auch künftig dazu, in München einen Konzertsaal (nicht mehr: Konzerthaus) im Werksviertel zu errichten, *der der internationalen Bedeutung seiner Klangkörper gerecht wird. Mit Blick auf die sich abzeichnenden Kosten werden wir die Planungen überarbeiten und redimensionieren.*

Hier also findet sich dieser Begriff, der laut digitalem Wörterbuch nichts anderes bedeutet wie reduzieren, verkleinern, vermindern. *An einem Prachtbau für die Musik in München scheiterte einst schon König Ludwig II. Die Staatsregierung will ihre spektakulären Pläne zwar erst einmal nur ‚redimensionieren‘. Aber wer weiß, wo das endet?*, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 17. November 2023 über das Vorhaben, über das seit bald drei Jahrzehnten in München diskutiert wird. Tatsächlich sind für den Neubau der bisherigen aktuellen Planung mittlerweile Kosten in Höhe von bis zu einer Milliarde genannt. Ministerpräsident Markus Söder rief daher im Frühjahr 2022 eine Denkpause aus, die nun offiziell beendet ist, während im Hintergrund ohnehin weitergeplant wurde. So ein Projekt zu redimensionieren ist indessen kein einfaches Unterfangen. Im Grunde genommen entspricht dieser Auftrag einer Neuplanung. In Anbetracht des bisherigen Planungsaufwandes und der benötigten Zeit ist es nur schwerlich vorstellbar, dass ein dann verkleinertes Projekt kostengünstiger werden wird.

Ähnlich verhält es sich auch bei den anstehenden Umplanungen für das Naturkundemuseum bei Schloss Nymphenburg in München, bisher bekannt unter dem Namen Biotopia. Die Planungsunterlagen sind zwar seit über zwei Jahren fertiggestellt, nun soll das Projekt jedoch deutlich abgespeckt werden. Ebenfalls mit dem erklärten Ziel einer spürbaren Kostenersparnis.

„ So ein Projekt zu redimensionieren ist indessen kein einfaches Unterfangen. Im Grunde genommen entspricht dieser Auftrag einer Neuplanung.

Wenn die Kosten seitens der Politik falsch eingeschätzt werden oder zu niedrige Vorgaben gemacht werden, dann geht der Schuss oftmals nach hinten los. Diese Erfahrung musste die Stadt München machen, als sie die Sanierung des Kulturzentrums Gasteig mit einer Kostenobergrenze von 450 Mio. Euro als Investorenmodell ausschrieb und keinerlei Angebot einging. Seither wird wieder über den Umfang und das richtige Vorgehen diskutiert, während der langjährige Direktor Max Wagner im September 2023 das Handtuch warf. Allesamt spannende Projekte für Führungskräfte aus dem Fachbereich Technik.

Weil das Misstrauen allerdings gegenüber der Fachkompetenz in den eigenen Reihen oftmals groß erscheint,

will die Staatsregierung bei wichtigen Infrastrukturprojekten *künftig auf Projektmanager als übergeordnete Kümmerner* setzen. Auf der anderen Seite soll auch die Verwaltung gestärkt werden. Die Koalition will *zu mehr Entschlussfreude auf allen Verwaltungsebenen ermuntern, dazu gehört die Rückendeckung für die Entscheiderinnen und Entscheider durch die übergeordneten Stellen.* Das lässt aufhorchen, wenn man sich an oftmals herbe Schelte der Verwaltung entsinnt. Es finden sich noch viele weitere Ansätze für eine leistungsfähige Verwaltung in besagtem Koalitionsvertrag. Über manche dieser Themen haben wir seitens der Führungskräfte schon lange Anregungen gegeben. Es bleibt also zu hoffen, dass die Politik auch gelegentlich den erfahrenen Verwaltungsfachkräften Gehör schenkt.

Viele weitere Projekte, über die es sich eingehender zu berichten lohnen würde, finden Erwähnung im Koalitionsvertrag. Die *Hightech Agenda Bayern* wird als *Erfolgsfaktor für den Freistaat Bayern* bezeichnet. Rund 3.800 Stellen, darunter 1.000 neue Professuren, werden geschaffen sowie über 13.000 neue Studienplätze in 20 Spitzenforschungszentren in ganz Bayern ermöglicht. *Die damit erzielten Impulse im ganzen Land erzeugen eine Breitenwirkung, von der die Menschen überall in Bayern profitieren.* Mit dem Life Science Campus in Martinsried wird das international größte Zentrum für Biotech, Biochemie und Biomedizin geschaffen. *Mit dem Aufbau der Universitätsmedizin in Augsburg, der Schaffung des Medizincampus Oberfranken und des Medizincampus Niederbayern haben wir in Bayern eine einzigartige Ausbildungs offensive in der Medizin gestartet, die wir weiter gezielt stärken, auf- und ausbauen wollen. Wir begreifen Bayerns Hochschulen und Universitäten als unseren Trumpf im Wettbewerb um kluge Köpfe.*

Technik

Christian Bernreiter bleibt im Amt

Um dringend benötigte Bauprojekte, insbesondere im Hochschulbau, schneller anzugehen, soll als weiterer Impuls die staatliche Bauverwaltung gestärkt. *Auch der Bau von Radschnellwegen und Radwegen sowie der Ausbau von Staats- und Bundesstraßen wird so beschleunigt.* Die Immobilien Freistaat Bayern (IMBY) soll zu einem modernen Immobiliendienstleister mit enger Verzahnung zum staatlichen Hoch- und Wohnungsbau reformiert werden. *Wir wollen die größeren Bauvorhaben im Freistaat schneller und effizienter durchziehen. Grundsätzlich wollen wir beim staatlichen Bauen neue Wege beschreiten und prüfen deshalb das Modell einer neuen Baugesellschaft des Freistaats Bayern.* Mit diesem Ziel werden auch Neue Vergabe- und Ausschreibungsmodelle erprobt und umgesetzt. *Innovationen am Bau wollen wir unterstützen und mehr Spielräume für experimentelle und einfache Lösungen ermöglichen.*

Im Koalitionsvertrag stecken vielfältige Innovationsansätze. Im Grunde genommen gehört dieser Koalitionsvertrag zur Pflichtlektüre einer Führungskraft in der Verwaltung, aber auch der Politiker selbst. Damit die vielfältigen Vorhaben gelingen können, ist es erforderlich, dass die politischen Entscheidungsträger auch den Fachleuten und erfahrenen Führungskräften der Verwaltung ein offenes Gehör schenken und ihnen Vertrauen entgegenbringen. Es klingt vielversprechend, wenn den Entscheidern in der Verwaltung künftig der Rücken gestärkt werden soll. Ob den Worten auch Taten folgen, wird sich in naher Zukunft zeigen.

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik ■



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bayerns Bau- und Verkehrsminister Christian Bernreiter bei der Übergabe der Ernennungsurkunde.

(Foto: Jörg Koch/Bayerische Staatskanzlei)

In der Jahresausgabe 2022 berichteten wir ausführlich über die Übernahme des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr durch *Christian Bernreiter* im Februar 2022. Nach der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 wurde Bernreiter nun erneut zum Leiter des Bauministeriums berufen.

Am 8. November 2023 wurde durch Ministerpräsident *Dr. Markus Söder* das neue Kabinett im Plenum des Bayerischen Landtags vorgestellt. Nach Zustimmung des Landtags zur Berufung wurden die Kabinettsmitglieder vereidigt. Amtsinhaber *Christian Bernreiter* bleibt Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr und freut sich auf die weitere gemeinsame Arbeit mit der Staatsbauverwaltung in den nächsten Jahren. Nach der Vereidigung im Maximilianeum händigte der Ministerpräsident den 17 Ministerinnen und Ministern und den Staatssekretären die Ernennungsurkunden im Prinz-Carl-Palais aus.

Ich freue mich sehr, dass ich weiterhin an der Spitze des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr stehen darf. Ich möchte mich ganz herzlich bei den Mitarbeitern

bedanken, so Bernreiter. Der Ministerpräsident spürt, dass hier ein großer Zusammenhalt da ist, dass die Mannschaft hoch motiviert ist und dass wir alle gemeinsam eine tolle Leistung erbracht haben.

Der Staatsminister steht an der Spitze der Staatsbauverwaltung Bayerns mit den Bereichen Planung und Bau an den sieben Regierungen, mit der Landesbaudirektion Bayern und 22 Staatlichen Bauämtern. Zudem ist er zuständig für das Baurecht, die Wohnraum- und Städtebauförderung sowie den Verkehr. Im Rahmen der Richtlinien der Politik, die vom Ministerpräsidenten bestimmt werden, leitet der Minister den Geschäftsbereich des Ressorts selbstständig und in eigener Verantwortung gegenüber dem Bayerischen Landtag.

Der VHBB und insbesondere der Fachbereichsrat Technik gratulieren zur erneuten Berufung.

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik ■

Technik

Das Beamtentum im Koalitionsvertrag



Klaus Holetschek,
Dr. Markus Söder,
Hubert Aiwanger,
Florian Streibl

Foto: bayern.de

Wir stehen für einen schlanken und leistungsfähigen Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Beförderungen bleiben das Kernelement zur Honorierung von Leistung der Beschäftigten des Freistaats. Wir werden daher die Beförderungsmöglichkeiten in Bayern für alle Beamtengruppen kontinuierlich weiter verbessern, auch durch Stellenhebungen. Bei der Besoldung wollen wir die bayerische Spitzenposition auch künftig behalten und die Vorgaben der Rechtsprechung zur Besoldungshöhe erfüllen. Daher stehen wir auch weiter zu einer zeitgleichen und systemgerechten Übertragung des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten, insbesondere auch auf die Anwärterinnen und Anwärter, sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger.

Die Beamtenpension ist eines der Argumente für ein Arbeitsleben im öffentlichen Dienst. Wir wollen hier keine Experimente. Pläne für eine Einbeziehung unserer Beamtinnen und Beamten in eine Bürgerversicherung oder in die Rentenversicherung werden daher

weiterhin klar abgelehnt. Der Bayerische Pensionsfonds als Schutz vor demografisch bedingten Belastungsspitzen ist ein Erfolgsmodell, das wir fortführen wollen.

Wir streben eine Anpassung der Hinzuverdienstgrenzen an und machen somit eine Beschäftigung auch nach Erreichen der Regelaltersgrenze attraktiver. Wir wollen auch weiterhin

„ Bei der Besoldung wollen wir die bayerische Spitzenposition auch künftig behalten und die Vorgaben der Rechtsprechung zur Besoldungshöhe erfüllen.

für beste Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sorgen: Für Bewerberinnen und Bewerber stehen zunehmend Werte wie die Sinnhaftigkeit und Wertbezogenheit der Tätigkeit sowie die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben im Vordergrund. Wir werden den öffentlichen Dienst in Bayern noch weiter darauf ausrichten, insbesondere auch durch die Möglichkeit

zur Wahrnehmung von Führungsfunktionen auch in Teilzeit. Wir werden das Homeoffice in der Staatsverwaltung dauerhaft etablieren, stets ausgerichtet an den Erfordernissen des Dienstbetriebs. Umgekehrt wollen wir Potentiale des Homeoffice heben: Wir werden Behördenstandorte und staatliche Liegenschaften auf ihre weitere Notwendigkeit infolge des Homeoffice hin prüfen. Bei der Digitalisierung der

Beschäftigungsverhältnisse schreiten wir weiter voran, bei den internen Abläufen wollen wir den flächendeckenden Einsatz der e-Akte und eine weitest gehende Digitalisierung der Arbeitsprozesse erreichen.

Frieder Vogelsgesang
Dipl.-Ing. Univ. Architekt
Vorsitzender Fachbereich Technik



Technik

100 Jahre Ländliche Entwicklung in Franken

Die Ämter für Ländliche Entwicklung in Mittel-, Ober- und Unterfranken feiern Jubiläum

Die Durchführung von Flurbereinigungen in Bayern und damit auch in Franken reicht schon mehr als 100 Jahre zurück. Als Geburtsstunde der Bayerischen Flurbereinigungsverwaltung wird bereits der Erlass des Bayerischen Flurbereinigungs-gesetzes, des letzten von König Ludwig II. unterschriebenen Gesetzes, im Jahre 1886 angesehen. Allerdings wurden die Verfahren zunächst zentral von München aus durch die Königlich Bayerische Flurbereinigungskommission geleitet. Nach einem kurzen Intermezzo mit einer Außenstelle der Flurbereinigungskommission in Würzburg, die für Unterfranken zuständig war, wurden im Jahr 1923 infolge einer Neugliederung der bayerischen Flurbereinigungsverwaltung unter anderem die Flurbereinigungsämter Ansbach, Bamberg und Würzburg, die nunmehr für die Flurbereinigungen in Franken zuständig waren gegründet.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit stand dabei vor allem die Sicherung der Ernährung der nach den verlorenen Weltkriegen hungernden Bevölkerung im Fokus der Verwaltung. Insbesondere in Unterfranken wurde dabei versucht die Auswirkungen der fränkischen Realteilung mit ihrer die Landwirtschaft besonders belastenden Besitzersplitterung zu beseitigen oder wenigstens zu minimieren. Neuordnungsverfahren mit mehreren tausend eingelegten Flurstücken, teilweise bis zu zwei Kilometer lang, aber nur wenige Meter breit, waren keine Seltenheit.

Darüber hinaus begleitete die Flurbereinigungsverwaltung aber auch zunehmend Großbauprojekte wie den beginnenden Fernstraßen ausbau. Die Vermeidung von Einzelenteignungen durch die Verlegung von Eigentumsflächen der Unternehmensträger in die Trassen, aber auch die Beseitigung von



Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsministerin Michaela Kaniber zusammen mit den Behördenleitern der fränkischen ALE bei der Festveranstaltung in Iphofen

Foto: Bernhard Schneider, ALE Unterfranken

Durchschneidungsschäden für die einzelnen landwirtschaftlichen Grundstücke durch deren Verlegung und Zusammenlegung waren dabei die Schwerpunkte. Auch wenn inzwischen die größten Bauprojekte, die Bundesautobahnen nach Thüringen und die ICE-Neubaustrecken fertiggestellt sind, sind die Unternehmensflurbereinigungen bei dem Bau von Umgehungsstraßen insbesondere in Unterfranken auch heute noch von Bedeutung.

In den letzten Jahren hat sich die Vorgehensweise der Ländlichen Entwicklung stark verändert: Neben der

Verbesserung der Produktivität wird heute verstärktes Augenmerk auf ökologische Aspekte wie Biotopvernetzungen und Gewässerrenaturierungen, aber auch auf Bürgerbeteiligung zum Beispiel in Flur- und Dorfwerkstätten gelegt.

Auch das Instrumentarium der Verwaltung für Ländliche Entwicklung hat sich immer mehr erweitert: Seit den 1980er Jahren unterstützt die Dorferneuerung kleine Ortschaften bei der Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger. Weitere Tätigkeitsfelder sind die fachliche und finanzielle Unterstützung von Kommunalen Allianzen, von boden:ständig-Projekten zur Wasserrückhaltung in der Flur, das Förderprogramm FlurNatur und die Streuobstinitiative zur Bereicherung der Landschaft und Verbesserung der biologischen Vielfalt sowie die Förderung von Kleinstunternehmen in den Dörfern.

biläum



Das Jubiläum *100 Jahre Ländliche Entwicklung in Franken* wurde von den drei fränkischen Ämtern für Ländliche Entwicklung genutzt, auf den Wandel ihrer Aufgaben, aber auch auf die noch heutige Bedeutung ihrer Verwaltung für den ländlichen Raum aufmerksam zu machen. Der Auftakt erfolgte dazu in einer zentralen Veranstaltung in Iphofen im März, bei der der bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder die Festrede vor zahlreichen Gästen aus Politik, Gesellschaft und Behörden hielt. Ergänzt wurde die Veranstaltung durch eine Ansprache von Frau Staatsministerin Michaela Kaniber und einer Podiumsdiskussion mit Impulsen zur Ländlichen Entwicklung.

Darüber hinaus organisierten aber auch die einzelnen Ämter an ihren Behördenstandorten und auf dem Land Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für ihre Beschäftigten Feierlichkeiten, in denen sie wertvolle Informationen über ihre Arbeit im ländlichen Raum gaben. Deren Bedeutung zeigt sich dabei auch daran, dass sich auch der Rundfunk zum Beispiel durch den Beitrag *Macht aus eurer Heimat was! 100 Jahre ALE in Franken* dem Thema widmete.

Otto Waldmann
Mitglied Fachbereichsrat
Technik ■



**PROF. DR. GERFRIED APPELT
VERSTORBEN**

Am 12. Dezember 2022 verstarb Prof. Dr. Gerfried Appelt im Alter von 90 Jahren. Er hielt bis zu seinem Tod dem VHBB und dem Fachbereich Technik die Treue.

Prof. Dr. Gerfried Appelt trat am 1. September 1955 als Referendar in die Bayerische Vermessungsverwaltung ein und begann seine Berufslaufbahn als Vermessungsassessor beim Bayerischen Landesvermessungsamt. Von 1960 bis 1962 war er wissenschaftlicher Assistent am Institut für Photogrammetrie der TH München. Dort wurde er 1977 zum Honorarprofessor berufen. In der Kartographischen Abteilung des Bayerischen Landesvermessungsamtes (BLVA) war er 23 Jahre lang tätig, zuletzt als Abteilungsleiter. Ab 1985 war er für 10 Jahre Präsident des BLVA bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand 1995.

Bundespräsident Roman Herzog überreichte am 5. Oktober 1994 im Schloss Bellevue in Berlin Herrn Prof. Dr.-Ing. Appelt für seine Verdienste um das deutsche Vermessungswesen und für die tatkräftige Unterstützung der Vermessungsverwaltungen in den neuen Bundesländern das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

Für sein internationales Engagement im Bereich der Physikalischen Geodäsie und Satellitengravimetrie wurde ihm 2008 der Bayerische Verdienstorden und 2010 der Bayerische Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst verliehen. Im Jahr 2012 wurde ihm für seine Berufs- und Lebensleistung die Soldnermedaille verliehen.

Wolfgang Bauer, seit April 2017 Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung, ehrte das Wirken von Prof. Dr. Appelt anlässlich dessen Todes mit den Worten: *Professor Appelt zählte zu den Koryphäen des amtlichen Karten- und Reproduktionswesens in Deutschland und erfand den Appelt'schen Folienspannrahmen zur Flurkartenzerrung. Dank seiner Aufgeschlossenheit und seines Gespürs für Technik führte er das Bayerische Landesvermessungsamt in eine digitale Zukunft.*

Johannes Eisentraut
Vermessungsdirektor a.D.
Stellvertretender Vorsitzender VHBB ■

Lebensmittelchemie

Bericht aus dem Fachbereich

Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Fachbereichs Lebensmittelchemie standen auch in diesem Jahr wieder dieselben Bemühungen (s. VHBB-Mitteilungsblatt 2020 bis 2022) zur Verbesserung der Personalsituation für staatliche geprüfte Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker (Lebensm.-Chem.) am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) sowie an den sieben bayerischen Bezirksregierungen. Zu den Haushaltsberatungen im Frühjahr 2023 wurden ebenfalls wie 2022 Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2023 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der SPD gestellt. Selbst die nur geforderten wenigen Planstellen für dringend wichtige und vor allem neue Aufgaben im LGL und zur Personalausstattung der Bezirksregierungen wurden abgelehnt. Die Anträge mit den Begründungen sind auf der Website unseres Fachbereichs www.vhbb.de/fblebensmittelchemie.html einzusehen.

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2023 und Bewertung der Antworten

Ein Schwerpunkt der politischen Aktivitäten des Fachbereichs Lebensmittelchemie war die Einreichung von Wahlprüfsteinen (WPS) vor der Landtagswahl 2023. Ende Mai wurden acht Fragen in die dafür vorgesehenen online-Portale der Parteien Bündnis 90/Die Grünen, CSU, FDP, FW und SPD gestellt. Wir waren sehr gespannt auf die Antworten der Parteien, die dann bis Mitte September eingingen und in diesem Heft zusammenfassend zitiert sind. Während die Antworten von Grünen, FDP und SPD aus unserer Sicht durchaus positiv für Verbesserungen von Stellen für Lebensmittelchemiker*innen zu bewerten sind, sind die Antworten von CSU und FW als künftige Koalition eher enttäuschend



und lassen für unsere Anliegen wenig Hoffnung auf Verbesserung erwarten.

Die CSU gab keine konkreten Antworten auf die Wahlprüfsteine 3 bis 7, sondern vorab (Frage 2) folgende allgemeine Aussage zu den Personalforderungen: *...die CSU wird sich daher zu jedem Zeitpunkt für eine angemessene Stellenausstattung im Öffentlichen Dienst und damit auch im LGL einsetzen, denn eine nachhaltige Personalpolitik ist unverzichtbar.* Die FW wollten offensichtlich auch keine erweiterten Antworten zu unseren konkreten Fragen 2 bis 7 geben. In einer Art Eingangsstatement bei Frage 1, auf welches immer verwiesen wird, spricht man sich *für eine bedarfsgerechte Personalausstattung* aus. Irritiert hat uns in dieser Antwort vor allem die Aussage *das Finanzministerium könnte aufgrund der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen einen restriktiveren Kurs befürworten.* Wir akzeptieren diese Auffassung der FW nicht als Entschuldigung dafür, dass wichtige Stellen für Lebensm.-Chem. im LGL und den Bezirksregierungen nicht besetzt wurden und weiterhin nicht besetzt werden. Aus den Einzelplänen des StMUV 2021 und 2022 ist

vielmehr zurückverfolgen, dass das StMUV jeweils über 100 Stellen nur im höheren Dienst zugesprochen bekommen hatte. Diese Stellen wurden – sicher auch mit großer Berechtigung auf das Landesamt für Umweltschutz, auf Naturschutzeinrichtungen, die Veterinärverwaltung, Wasserwirtschaftsämter und Gewerbeaufsicht verteilt – dagegen keine einzige für dringend benötigte Stellen Lebensm.-Chem. im LGL oder den Bezirksregierungen bereitgestellt. Wenn dann auch davon mehr als 15 zeitlich befristete Springerstellen von Amtstierärzten für Vertretungen bei Elternzeit, Urlaub etc. in feste Stellen umgewandelt werden konnten, ist dies nicht mehr verständlich. Welchen Wert hatte unser Einsatz als Verband in den letzten fünf Jahren, u.a. auch die vom Landtag an die Staatsregierung zur Würdigung verwiesenen VHBB-Petitionen? Wann werden endlich die Absichtserklärungen von Herrn Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber (s. im Folgenden Zitate in Auszügen aus dem Jahr 2021) erfüllt?

- *Das StMUV beabsichtigt, das Anliegen der Petition (Stellen für Lebensm.-Chem. an Bezirksregierungen) im Rahmen noch zu schaffen-*

der Ressourcen und Stellen aufzugreifen. Der Einsatz von staatl. gepr. Lebensmittelchemikern*innen an den Regierungen wäre ein wichtiger Beitrag für eine umfassende Weiterentwicklung und interdisziplinäre Ausrichtung der Lebensmittelüberwachung. Das StMUV wird sich im Rahmen des Einzelhaushaltsplans 2022 für die Schaffung von neuen Planstellen an den Regierungen zur Stärkung der Lebensmittelüberwachung aussprechen.

- ... Verhandlungsspielräume bei Stellenforderungen waren so gut wie nicht vorhanden ... vor diesem Hintergrund ist es uns nicht gelungen, unsere Stellenforderungen für den Bereich Lebensmittelchemie bei den Verhandlungen zum Haushalt 2022 zu realisieren... Dies ist bedauerlich, zumal dem StMUV sehr wohl bewusst ist, dass die Lebensmittelüberwachung vor neuen Herausforderungen steht... Diese permanente Zunahme an Aufgaben kann ohne entsprechende Aufstockung der dafür vorgesehenen Personalressourcen auf Dauer nicht mehr auf adäquatem Niveau bewältigt werden... wir möchten Ihnen versichern, dass sich an unserer Absicht, die Lebensmittelchemie in Bayern zu stärken, nichts geändert hat... und werden dies auch bei künftigen Haushaltsverhandlungen entsprechend handhaben...

Aus unserer Sicht gibt das Finanzministerium dem StMUV sicher keinen restriktiveren Kurs vor, d.h. es macht keine Vorgaben, wie das StMUV die Stellen anteilig verteilt. Insofern hätte man zumindest einige wenige neue Planstellen, die das StMUV 2021 und 2022 erhalten hat dem Bereich Lebensmittelsicherheit am LGL und den Bezirksregierungen zuteilen können.

Fazit

Wir sehen uns nach den Landtagswahlen leider gezwungen, zeitnah vor den Beratungen zum Doppelhaushalt 2024/25 die Öffentlichkeit über die Schieflage und die Defizite bei der Lebensmittelsicherheit in Bayern aufzuklären und von der neuen Staatsregierung ein Sofortprogramm zur Stärkung

Nahrungsergänzungsmittelanzeigen und hanfhaltige Lebensmittel mit extremer Zunahme an Proben und Beanstandungen, notwendige Intensivierung der Bekämpfung des Betrugs und der Täuschung bei Lebensmitteln und hierfür fehlende Fachkräfte für Bioinformatik. Weitere Themen waren die weiterhin nicht genehmigten Stellen für

„ Wir fordern von der neuen Staatsregierung ein Sofortprogramm zur Stärkung der Lebensmittelsicherheit in Bayern

der Lebensmittelsicherheit in Bayern fordern. In Baden-Württemberg wurden bei entsprechenden Programmen in den letzten Haushaltsjahren jeweils zehn neue hD-Stellen für die Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter vom Landtag genehmigt.

WEITERE AKTIVITÄTEN DES FACHBEREICHSRATS

Gespräch mit der Abteilung 4, Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, StMUV

Am 20. Juni 2023 war der Fachbereichsrat zu einem Gespräch mit Herrn MDgt. Zellner, Frau LMRin Dr. Höfer, Herrn MR Dr. Mayer und Frau Dr. Winter über verschiedenen Anliegen des Fachbereichs eingeladen. Hauptthema war die unzureichende Personalsituation im LGL für eine immer größere Flut neuer und zu intensivierender Aufgaben im Bereich der Lebensmittelsicherheit ohne Personalausgleich. Als Beispiele wurden angesprochen: Marktüberwachung von Lebensmitteln mit geschützten geografischen Angaben, Kontrolle des Internethandels,

die Bezirksregierungen, die Notwendigkeit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für befristete Einstellungen (Kettenverträge) im LGL, der Fachkräftemangel auch bei Laborpersonal sowie ein Pilotprojekt für eine anteilige berufspraktische Ausbildung von Lebensmittelchemiker/innen im Vollzug an einer Bezirksregierung.

Mitarbeit an einem Positionspapier zu Karrierewegen in der Lebensmittelchemie

Ein von der Lebensmittelchemischen Gesellschaft (LChG) und dem BLC erstelltes Positionspapier zu *Karrierewegen in der Lebensmittelchemie*, an dem auch der VHBB-Fachbereich mitarbeitete, wurde 2023 veröffentlicht. Es beinhaltet Informationen zum Studienverlauf der Lebensmittelchemie, den unterschiedlichen Abschlüssen in den Bundesländern und Universitäten, den beruflichen Perspektiven und Berufsbezeichnungen und möglichen Zusatzqualifikationen. Die beruflichen Perspektiven für Lebensm.-Chem. sind vielfältig und insgesamt als sehr gut zu bezeichnen. Dies ist unter anderem

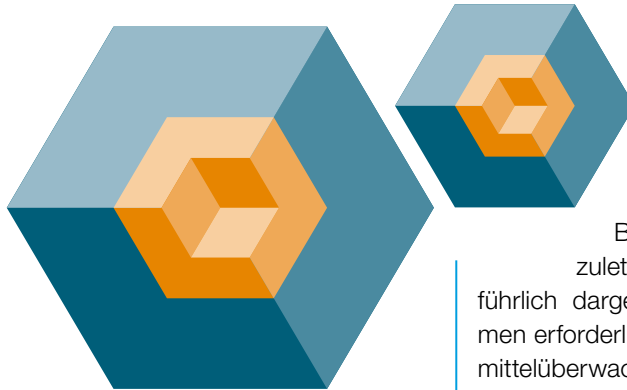


dadurch begründet, dass die überschaubare Zahl der deutschen Lebensmittelchemie-Institute eine beschränkte Zahl an Studienplätzen hat. Damit verbunden sind Zulassungsbeschränkungen und eine relativ konstante Zahl der Absolventinnen und Absolventen. Lebensm.-Chem. sind nicht nur im Bereich der Lebensmittelüberwachung zu finden, vielmehr sind sie aufgrund ihrer interdisziplinären Ausbildung prädestiniert für Tätigkeiten in der angewandten Forschung von Industrie und anderen naturwissenschaftlichen, medizinischen oder sogar juristischen Fachdisziplinen. In Bayern sind in den Behörden nur *Staatlich geprüfte Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker* beschäftigt; Voraussetzung für die Erlaubnis zum Führen dieser Berufsbezeichnung ist die Zweite Staatsprüfung. Aufgrund der unter den Absolventen bekannten Bedingungen mit hohen Belastungen und oft nur befristeten Verträgen besteht jedoch die Gefahr, dass immer weniger Lebensm.-Chem. sich für eine Tätigkeit an einem Untersuchungsamt wie z. B. dem LGL bewerben.

www.lebensmittel.org/downloads/veroeffentlichungen-des-blc.html

Werbung neuer VHBB-Mitglieder

Die Werbung für neue Mitglieder im Fachbereich Lebensmittelchemie wurde schriftlich mit Informationen fortgeführt, insbesondere bei neu eingestellten Lebensmittelchemikern/innen am LGL, u. a. auch in der neuen Dienststelle Bad Kissingen. In den Dienststellen Würzburg und Oberschleißheim wurden außerdem eine Veranstaltung mit Informationen zu Vorteilen einer Mitgliedschaft im VHBB, dem Fachbereich Lebensmittelchemie und dem Bundesverband BLC durchgeführt. Wir hoffen, dass sich weitere junge Kolleginnen und Kollegen für einen Beitritt entscheiden.



33. Jahreshauptversammlung des Bundesverbands BLC in Karlsruhe

Lebensmittelüberwachung im Föderalismus – gleicher Verbraucherschutz für alle? war das Schwerpunktthema bei der Jahreshauptversammlung 2023 des Bundesverbandes der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst am 14. Oktober in Karlsruhe. In seiner Pressemitteilung spricht der BLC den Spardruck auf die Haushalte der Länder an, der nach mehreren Krisenjahren auch bei der Lebensmittelüberwachung Spuren hinterlassen hat. Bundesvorsitzende Birgit Bienze: *Wir sehen, dass die Lebensmittelüberwachung in den Ländern strukturell, personell und finanziell sehr unterschiedlich aufgestellt ist und sich diese Unterschiede mittlerweile weiter verstärken. An zu vielen Stellen fehlen schlicht die Ressourcen für wirksamen Verbraucherschutz. Wir fordern: Sichere Lebensmittel dürfen nicht vom Wohnort abhängen. Die Lebensmittelsicherheit müsse auch in Zeiten von Internethandel, Klimakrise und Globalisierung flächendeckend gewährleistet bleiben. Bienze weiter: Die Herausforderungen wachsen, und wir können sie als Lebensmittelüberwachung nur dann gut meistern, wenn wir strukturell, personell und finanziell gut aufgestellt sind. Alle Länder müssen die Lebensmittelüberwachung mit Haushaltsmitteln so ausstatten, dass sie ihre*

Aufgaben gut erfüllen kann. Das erwarten die Verbraucherinnen und Verbraucher vollkommen zu Recht. Der BLC hat immer wieder, zuletzt im August 2020 ausführlich dargestellt, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die Lebensmittelüberwachung in Deutschland krisenfest und zukunftsfähig aufzustellen. Dazu gehören eine stärkere interdisziplinäre und überregionale Vernetzung im Kontrollbereich, gut ausgestattete und ebenfalls vernetzte amtliche Labore sowie eine zentrale Datenbank der Kontroll- und Untersuchungsdaten.

Aus Sicht des Fachbereichs Lebensmittelchemie hat in Bayern der gesundheitliche Verbraucherschutz und der Sicherheit von Lebensmitteln einen unzureichenden Stellenwert. Durch die sehr mangelhaften Personalressourcen im Vergleich zu anderen Bundesländern ist in Bayern, mit jährlich mehr als 70.000 zu untersuchenden und zu beurteilenden Proben, ein zukunftsorientierter Verbraucherschutz auf möglichst hohem Niveau schon jetzt nicht mehr gewährleistet. Nicht nur die Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker, verantwortliche für gesundheitliche Aufgaben im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes in Bayern, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger in Bayern erwarten daher von der Staatsregierung für die nächsten 5 Jahre mehr Unterstützung für die schon lange fehlenden Ressourcen.

Dr. Norbert Christoph
Vorsitzender Fachbereich
Lebensmittelchemie ■

Wahlprüfsteine des VHBB-Fachbereichs Lebensmittelchemie zur Landtagswahl 2023 und die Antworten der Parteien



1. Positionen der staatlich geprüften Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker (LC) im VHBB (zu Fragen 2 bis 8)

Haben Sie zur Beantwortung der Fragen Nr. 2 bis Nr. 8 zum gesundheitlichen Verbraucherschutz die ergänzenden Infos sowie Petitionen 2018/2020 des VHBB berücksichtigt www.hoehere-verwaltungsbeamte.de/fblebensmittelchemie.html? Bündnis 90/Die Grünen, CSU, FDP und SPD bestätigen, dass die erweiterten Informationen des VHBB berücksichtigt wurden.

FREIE WÄHLER

Partei FW antwortete bereits hier ausführlicher und verwies bei Fragen 2 bis 7 auf folgende Anmerkung:

Ja – Vorab möchten wir auf Folgendes hinweisen: Der gesundheitliche Verbraucherschutz gehört zu den zentralen Elementen der staatlichen Fürsorgepflicht. Sein Anliegen ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher vor Gesundheitsgefahren durch Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Tabakerzeugnisse und kosmetische Mittel zu schützen. Als FREIE WÄHLER ist uns neben der hoheitlichen Überwachung und der

Durchführung von Kontrolluntersuchungen, die sachorientierte Information der Verbraucherinnen und Verbraucher ein besonderes Anliegen, um ihnen eine fundierte selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen. All diese Aufgaben setzen aber auch eine angemessene Anzahl qualifizierten und engagierten Personals voraus. Als FREIE WÄHLER sprechen wir uns auch künftig für eine bedarfsgerechte Personalausstattung aus. Anliegen in den Bereichen der Ernährung, des Verbraucherschutzes und der chemischen Wissenschaften sind zentrale Schwerpunkte des Handelns für uns.

Wichtig ist dabei jedoch, dass etwa zusätzliche Stellen in Zeiten des Fachkräftemangels überhaupt auch besetzt werden können und zuvor die notwendigen Finanzmittel im Haushalt zu veranschlagen sind. Dies obliegt maßgeblich den jeweiligen Haushaltsverhandlungen, bei denen das Finanzministerium aufgrund der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen einen restriktiveren Kurs befürworten könnte. Dennoch: Eine adäquate und bestmögliche Personalausstattung erfährt von unserer Seite entsprechende Unterstützung.

2. Schiefelage im gesundheitlichen Verbraucherschutz zu Lasten dringend benötigter Stellen LC

Für einen gesundheitlichen Verbraucherschutz auf möglichst hohem Niveau besteht seit mehr als 10 Jahren eine Schiefelage durch Ablehnung dringend benötigter, begründeter Stellen für LC. Werden Sie dies in Regierungsverantwortung ändern, diese Stellen ab Haushaltsplan 2024/25 priorisieren?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wer guten gesundheitlichen Verbraucherschutz will, der muss dafür sorgen, dass auch Fleischproduktion und Fleischhygiene überwacht werden. Davon profitiert nicht nur der Verbraucher, sondern auch das Tierwohl. Damit aber nicht genug, es müssen auch die Kontrollen im Lebensmittelbereich gewährleistet werden. Die Stellenforderungen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) müssen endlich gehört werden. Die Anforderungen und die Zahl der Untersuchungen steigen ständig enorm. Dem muss der Stellenplan Sorge tragen



CSU

Die Fragen 2 bis 7 werden gemeinsam beantwortet

Die Sicherheit der Lebensmittel in Deutschland ist ein hohes Gut. Jeder darf und soll darauf vertrauen können, dass gekaufte Lebensmittel den geltenden Anforderungen, Vorschriften und Gesetzen entsprechen. An dieser Stelle spielt die staatliche Lebensmittelüberwachung eine wichtige Rolle, sowohl bei der Analyse von Lebensmittelproben in Laboratorien als auch bei Kontrollen vor Ort. Hierbei ist die Bereitstellung angemessener Mittel für eine effiziente Überwachung notwendig. Richtige und schnelle Ergebnisse in effizienten Laboratorien zu erarbeiten, muss auch weiterhin eine tragende Säule und wichtige Grundlage für die Tätigkeit des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) sein.

Klar ist: Die Arbeit der Lebensmittelchemiker verdient besondere Wertschätzung und kommt dabei neben den Amtstierärzten, anderen in der Überwachung tätigen Wissenschaftlern und dem technischen Personal im La-

borbereich eine wichtige Stellung zu. Die breite Fachkompetenz der Lebensmittelchemiker bei Untersuchungsmethoden und in der stofflichen Beurteilung von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika, Tabakerzeugnissen, Zusatzstoffen sowie Futtermitteln ist für die Kontrolle verschiedenster Substanzen unabdingbar. Zudem verfügen diese über spezielle Kenntnisse im Lebensmittelrecht, im Chemikalien- und Gefahrstoffrecht bis hin zu mikrobiologischen und toxikologischen Fragestellungen. Eine hoch qualifizierte, effizient arbeitende sowie gut ausgestattete amtliche Lebensmittelüberwachung ist sowohl für die Verbraucher als auch für die Lebensmittelwirtschaft von hoher Bedeutung. Es handelt sich dabei um eine originäre Aufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge, die auch weiterhin als hoheitliche Aufgabe fortbestehen muss.

Die CSU wird sich daher zu jedem Zeitpunkt für eine angemessene Stellenausstattung im Öffentlichen Dienst und damit auch im LGL einsetzen, denn eine nachhaltige Personalpolitik ist unverzichtbar. Fortbildungen und

Familienfreundlichkeit werden an Bedeutung für den Öffentlichen Dienst als attraktiver Arbeitgeber zunehmen. Dieser Entwicklung hat die Bayerische Staatsregierung mit dem *LEAT-Programm* sowie einem *Mentoringprogramm Karriere mit Familie* für Bayerische Spitzenbeamte Rechnung getragen. Ein leistungsfähiger Staat braucht einen modernen und starken Öffentlichen Dienst. Dies gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb stehen wir auch in Zukunft für eine leistungsgerechte und attraktive Bezahlung. Im Herbst 2023 stehen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder an. Ein angemessenes Ergebnis für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes der Länder muss hier das Ziel sein.

FDP

Im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel würden wir die Stellenbesetzungen im LGL im Allgemeinen und die Stellen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes im Besonderen genauer berücksichtigen. Vermutlich lassen sich aufgrund des Fachkräftemangels jedoch nicht sämtliche notwendigen Stellen besetzen

Die Geschäftsstelle bittet um Ihre Mithilfe

Wenn sich Ihre **DIENSTSTELLE** oder Ihre **PRIVATADRESSE** geändert hat, informieren Sie bitte die Geschäftsstelle, damit wir Ihre persönlichen Daten aktualisieren können. Teilen Sie uns bitte auch Ihre **BEFÖRDERUNG** mit, damit wir die Beitragsanpassung durchführen können. Der Beitragsordnung liegt der Solidargedanke zugrunde, dass stärkere Schultern etwas mehr tragen können.

Für Ihre Mithilfe bedankt sich Ihre Geschäftsstelle herzlich!



FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 089.2800111
Fax 089.2805664
Em@il info@vhbb.de

Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e.V.



FREIE WÄHLER

Ja, aber bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Als SPD haben wir uns bereits in der Vergangenheit für mehr Stellen für Lebensmittelchemiker am LGL eingesetzt und werden dies auch in Zukunft priorisiert fordern. Um Lebensmittelskandale präventiv verhindern und einen hohen gesundheitlichen Verbraucherschutz sicherstellen zu können, braucht es ein effektives Lebensmittelkontrollsystem. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist die hinreichende Personalausstattung der zuständigen Behörden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass bei der Aufstellung des Haushaltsplans für 2024 die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

3. Für Personalausgleich gemäß § 4 Abs. 2a AVV RÜb am LGL sorgen

Werden Sie in Regierungsverantwortung bei neuen, zu intensivierenden hoheitlichen Aufgaben zur Lebensmittelsicherheit/Täuschungsschutz gemäß Vorgaben der Allgemeine Verwaltungsvorschrift über Grundsätze zur Durchführung der amtlichen Überwachung, der Einhaltung der Vorschriften des Lebensmittelrechts, des Rechts der tierischen Nebenprodukte, des Weinrechts, des Futtermittelrechts und des Tabakrechts (§ 4 Abs. 2a AVV RÜb) dafür sorgen, dass die Leistungsfähigkeit im LGL durch mehr Ressourcen angepasst wird, z.B. auch durch eine bisher fehlende Personalbedarfsplanung am LGL?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neben der konsequenten Verbesserung der Personalausstattung sehen wir die dringende Notwendigkeit der konsequenten Umsetzung der AAV

RÜb als Voraussetzung für die Erfüllung der Vorgaben. Hierfür eröffnet die AVV RÜb den Ländern die nötigen Handlungsspielräume zur Ausgestaltung einer besseren Untersuchungstiefe.

CSU

Siehe Antwort unter WPS 2

FDP

Die Lebensmittelsicherheit ist ein sehr wichtiger Baustein des bayerischen Verbraucherschutzes. Es sollte somit im Interesse der Staatsregierung sein, die Leistungsfähigkeit des LGL hochzuhalten. Eine Personalbedarfsplanung kann hierbei helfen. Ob die fehlenden Stellen jedoch besetzt werden können, muss sich – aufgrund des Fachkräftemangels – auf dem Stellenmarkt zeigen.

FREIE WÄHLER

Ja, aber bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Ein starker öffentlicher Dienst ist ein zentraler Grundpfeiler und wichtiger Standortvorteil des Freistaats Bayerns. Daher setzen wir uns behördenübergreifend für eine vorausschauende angemessene Personal- und Ressourcenausstattung ein.

4. Unzureichende Stellen für Untersuchungsaufgaben Lebensmittel und Non-Food-Produkte

Aktuell benötigt das LGL dringend Stellen für LC und Laborpersonal vor allem für Bereiche Nahrungsergänzungsmittel, Hanf-LM, Getränke, Aromen, Internethandel, Echtheitsprüfungen/Lebensmittel-Betrug, Geoschutz, Trinkwasser u. Bedarfsgegenstände? Wie bewerten Sie dies und wie kann Abhilfe geschaffen werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wie bereits unter Ziff. 1 genannt, halten wir die Personalausstattung des LGL mit Lebensmittelchemikern für einen zentralen Schlüssel für den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Verbraucherschutz auf höchstem Niveau ist nur mit dem entsprechenden Stellenpool möglich!

CSU

Siehe Antwort unter WPS 2

FDP

Novel Foods und andere im Internet verfügbare – aber undurchsichtige – Angebote erschweren es den Verbrauchern, eine qualifizierte Entscheidung für ihre Ernährung und ihr Wohlbefinden zu treffen. Eine Erhöhung der Personalstellen im LGL kann bei den notwendigen Untersuchungen Abhilfe schaffen.

FREIE WÄHLER

Ja, aber bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Wir werden die zuständigen Behörden personell in die Lage versetzen, angemessen auf die stetig steigenden Anforderungen der Kontrollbehörden durch neue Produkte und Märkte reagieren zu können. Ferner steht der Freistaat in der Pflicht, für eine stetige Weiterbildung bzw. -entwicklung der individuellen Kompetenzen seiner Beschäftigten zu sorgen.

5. Unzureichende Stellen für Untersuchungsaufgaben Rückstände/Kontaminanten

Aktuell benötigt das LGL dringend Stellen für LC und Laborpersonal auch für Untersuchungsbereiche Rückstände und Kontaminanten (Pestizide, Tierarzneimittel, MOSH/ MOA, PCB,



Dioxine, Mykotoxine, Intensivierung PFAS-Monitoring). Wie bewerten Sie dies und wie kann Abhilfe geschaffen werden?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Auch hier ist die Stellenausstattung dringend zu intensivieren

CSU

Siehe Antwort unter WPS 2

FDP

Gerade die medienwirksamen Berichte über Lebensmittelkontaminationen mit MOSH/MOA und Pestiziden haben gezeigt, dass der Verbraucherschutz durch die Arbeit des LGL gestärkt werden muss. Hierfür muss mehr Personal am LGL geschaffen werden, welches durch entsprechende Publikationen die Verbraucher über mögliche Gefahren aufklärt.

FREIE WÄHLER

Wir FREIEN WÄHLER teilen diese Einschätzung, bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Wir setzen uns nachdrücklich für eine ausreichende Personalausstattung (insb. bei Lebensmittelchemikern) ein. (Siehe auch Frage 2) Es ist für uns keinesfalls hinnehmbar, wenn Behörden ihre wichtigen Aufgaben aufgrund von Personalnot nur schwerlich wahrnehmen können

6. Gewürdigte VHBB-Petition für LC an Regierungen umsetzen

Werden Sie in Regierungsverantwortung nach der am 6. Mai 2021 vom Landtag zur Würdigung an Staatsregierung überwiesenen VHBB-Petition *Interdisziplinäres Konzept mit Lebensmittelchemiker/innen an Regierungen für Vollzugsaufgaben der Lebensmittelüberwachung und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes* die erforderlichen Stellen für LC im Staatshaushaltsplan 2024/25 bereitstellen, damit in den Referaten für Verbraucherschutz der Regierungen endlich die erforderliche Expertise von LC besteht?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Um ein hohes Niveau der Lebensmittelüberwachung und damit der Lebensmittelsicherheit in Bayern zu erreichen, stellt eine ausreichende Personalausstattung die entscheidende Grundlage dar. Wir werden uns weiterhin wie in der Vergangenheit für die Beseitigung des Personalmangels und eine deutliche Aufstockung des Personals an allen Behörden einsetzen – inklusive des LGL.

CSU

Siehe Antwort unter WPS 2

FDP

Im Rahmen der verfügbaren Mittel werden wir uns dafür einsetzen, dass auch an den Regierungen genügend Lebensmittelchemiker angestellt werden.

FREIE WÄHLER

Ja, aber bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Nachdem wir uns in der Vergangenheit bereits für eine Würdigung der besagten Petition eingesetzt haben, fordern

WERBEPROSPEKT ANFORDERN

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder,

um neue Mitglieder besser gewinnen zu können, haben wir einen neuen Werbeprospekt erstellt. Wenn Sie in Ihrem Kollegen- und Bekanntenkreis für den VHBB Werbung machen und diesen Prospekt verwenden möchten, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle. Wir senden Ihnen gerne Werbematerial zu.

Vielen Dank!
Ihre Geschäftsstelle





wir auch, dass deren Inhalt ordentlich Rechnung getragen wird.

7. Zu wenig LC am StMUV und der KBLV

Teilen Sie die Auffassung, dass die Expertise der LC mit nur drei Stellen in der für Verbraucherschutz zuständigen Abt. 4 StMUV sowie nur sechs Stellen in der KBLV (20 Stellen sind im Einzelplan 12 des StMUV gesetzt) für die vielen komplexen Aufgaben im Bereich nicht tierischer LM, Bedarfsgegenstände, Kosmetika, Tabak, Tätowiermittel unzureichend ist, wie ändern Sie dies?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unsere grüne Landtagsfraktion hat bereits seit vielen Jahren in mehreren Anträgen – auch als Reaktion auf verschiedene Skandale wie z. B. den Gammelfleischskandal – eine Rücknahme des stetigen Personalabbaus im Bayerischen Landtag gefordert. Unter anderem im Zuge des Bayern-Ei-Skandals haben wir mehrfach eine Aufstockung des Personals gefordert, so im Jahr 2015 im Antrag 17/6826 *eine deutliche Aufstockung des Personals an den Lebensmittelüberwachungsbehörden (Landratsämter und kreisfreie Städte)*. Auch haben wir in Haushaltsanträgen bereits im Jahr 2015 20 zusätzliche Planstellen für das LGL gefordert (Antrag 17/8539). In den vergangenen Jahren war die Forderung nach Personalaufstockung immer wieder Bestandteil vieler Anträge der grünen Landtagsfraktion, die jedoch seitens der CSU-Mehrheit regelmäßig abgelehnt wurden.

CSU

Siehe Antwort unter WPS 2

FDP

Ja, diese Auffassung teilen wir und würden die Situation im Falle einer Regierungsbeteiligung ändern wollen.

FREIE WÄHLER

Ja, aber bitte beachten Sie dazu die Anmerkungen zu Frage 1

SPD

Wir teilen die besagte Auffassung und werden uns dafür einsetzen, dass im Haushaltsplan 2024 mehr Mittel für eine Personalaufstockung zur Verfügung gestellt werden.

8. Personalgewinnung für hoheitliche Aufgaben in den Untersuchungsbereichen des LGL

Einstufungen, Höhergruppierungen, befristete Kettenverträge, KW-Stellen behindern Personalgewinnung in LGL-Untersuchungsbereichen. Wie stellen Sie sicher, dass künftig für hoheitliche Aufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz LC und qualifiziertes Laborpersonal gewonnen wird?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die genannten vertraglichen Grundlagen sind mit dem Arbeitnehmerschutz nicht vereinbar. Wir möchten die Attraktivität des gesundheitlichen Verbraucherschutzes für Arbeitnehmer*innen stärken, indem verlässliche Arbeitsbedingungen Grundvoraussetzung sind. Dazu gehört auch die Verankerung in der Ausbildung, um qualifiziertes Personal an die vielfältigen Aufgaben heranzuführen. Hier müssen zukünftig Ausbildung und Arbeitsbedingungen konsequent in den Fokus genommen werden.

CSU

Aufgrund der demographischen Entwicklungen wird der Gewinn von Nachwuchskräften in Zukunft zunehmend schwieriger. Darauf wird auch im Öffentlichen Dienst mit verstärkten Werbestrebungen reagiert. Der Fachkräftemangel ist in allen Wirtschaftsbereichen und der Verwaltung ein zunehmendes

Problem. Die Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung ist insbesondere in Bezug auf Sinnhaftigkeit der Tätigkeit sowie Familienfreundlichkeit für junge Menschen attraktiv. Beamtinnen und Beamten wird eine Vielzahl von Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten eröffnet, die dazu beitragen, Berufsausübung und die Erfüllung familiärer Pflichten bestmöglich miteinander in Einklang zu bringen und die weit über das hinausgehen, was die meisten Arbeitgeber in der Privatwirtschaft bieten oder leisten können. Die CSU wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, den Öffentlichen Dienst in Bayern als attraktiven Arbeitgeber zu erhalten. Wir erwarten, dass im Herbst 2023 in den Tarifverhandlungen der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ein angemessenes Ergebnis für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes zu erwarten ist.

FDP

Das LGL muss sich dem aktuellen Stellenmarkt (der sich zu einem Arbeitnehmermarkt entwickelt hat) anpassen und für Laborpersonal – u. a. durch flexible Arbeitszeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie und langfristige Verträge – attraktiver werden.

FREIE WÄHLER

Wir FREIE WÄHLER wollen die Attraktivität des öffentlichen Dienstes aufrechterhalten. Voraussetzung für eine effiziente Verwaltung ist aus unserer Sicht vor allem eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Sachmitteln sowie gut ausgebildetes, motiviertes Personal. Ziel ist eine anhaltend hohe Investitionsquote und eine stabile Personalquote. Aus diesem Grund treffen wir Vorsorge für eine langfristige Finanzierung der Versorgungsausgaben für die Beamtinnen und Beamten in Bayern. Die Beamtinnen und Beamten im Freistaat sowie die Tarifbeschäftigten im öffentlichen



Dienst sind ein Grundpfeiler der Stabilität Bayerns. Ein starker Freistaat und eine leistungsfähige Verwaltung gehören für uns untrennbar zusammen. Wir machen uns daher auch in Zukunft für die beste Bezahlung der Beamtinnen und Beamten im bundesweiten Vergleich stark. Bayern nimmt sowohl im Hinblick auf die Bezahlung als auch die Arbeitsbedingungen eine Vorreiterrolle ein. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, diese Spitzenstellung des Freistaates zu erhalten. Für uns FREIE WÄHLER hat zudem die Gewinnung qualifizierter Nachwuchskräfte äußerst hohe Priorität. Daher setzen wir uns da-

für ein, die Nachwuchswerbung weiter zu intensivieren. Im Zuge dessen soll ein ressortübergreifendes Karriereportal mit Stellenbörsen realisiert werden, um den Freistaat als Arbeitgeber zentral darzustellen und potentiellen Bewerbern eine Plattform zu bieten, um sich gebündelt einen Überblick über aktuelle Stellenausschreibungen des Freistaates verschaffen zu können.

SPD

Wir fordern eine faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Bayern. Aufgrund der Unverzichtbarkeit

und dem besonderen Dienst- und Treueverhältnisses der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sehen wir den Freistaat diesbezüglich in ganz besonderer Verantwortung. Daher fordern wir zusätzlich für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einen vollständigen Inflationsausgleich sowie die Einführung des 49-Euro-Tickets als rabattiertes Jobticket durch den Freistaat Bayern.

Quelle: Webseite des VHBB Fachbereich Lebensmittelchemie auf der Webseite des Bundesverbands der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V.(BLC): www.lebensmittel.org/lvby/1199-fragen-zur-landtagswahl-2023.html

MITGLIED VERÖFFENTLICHT BUCH

Rätselhafte Steinkreuze – Die Entdeckung ihrer wahren Bedeutung



Regierungspräsident a. D. Stephan Altensleben ist seit 1979 Mitglied des VHBB. Er war in der bayerischen Staats- und Kommunalverwaltung tätig und war von 1991-1998 erster Regierungspräsident in Chemnitz. Im Ruhestand widmet er sich als Autor der Entdeckung und Deutung von Rechtsdenkmälern. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsarchäologie, Rechtsikonographie und Rechtsinschriften. Er ist ein deutscher Jurist und Buchautor.

Das Kreuz ist das wichtigste Symbol der europäischen Kulturgeschichte. Es tritt in vielfältigen Formen auf und hat verschiedene Bedeutungen. Heute gilt es nur noch als Symbol des christlichen Glaubens oder christlicher Traditionen und gerät in einer sich wandelnden Gesellschaft, die immer weniger historische Kenntnisse hat, an öffentlichen Gebäuden zunehmend in eine kritische Diskussion. In früheren Zeiten war das Kreuz nicht nur Zeichen des Glaubens an Christus sondern auch ein uraltes Schutzzeichen, ein christliches Friedens- und Siegeszeichen sowie ein Rechtssymbol. Seine verschiedenen Bedeutungen können Fragen beantworten wie: Hatten Kreuze an Kirchen nur eine religiöse Bedeutung und was war ihre Aufgabe an profanen Gebäuden? Ungewiss ist vor allem die Bedeutung der zahlreichen Steinkreuze, die seit Jahrhunderten vereinzelt oder in kleinen Gruppen unter freiem Himmel stehen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden die Steinkreuzforschung in eine neue Richtung lenken, der Rechtsarchäologie ein neues Forschungsfeld eröffnen und die frühe Geschichte vieler Orte und Regionen mit neuen Erkenntnissen bereichern. Das alles kann auch nicht ohne Einfluss auf die Denkmalpflege bleiben und wird den Museen neue, interessante Aufgaben bringen.

Das Buch *Rätselhafte Steinkreuze* kann man über Beier & Beran, Verlag für archäologische Fachliteratur, Thomas-Müntzer-Straße 103, 8134 Langenweißbach beziehen.

Lebensmittelchemie

Neue LGL-Dienststelle Bad Kissingen eröffnet

Im Zuge der Behördenverlagerung wurden die *Non-Food* Bereiche des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) von den Dienststellen Erlangen und Oberschleißheim nach Bad Kissingen verlagert. Die riesige Bandbreite bei *Non-Food*-Artikeln reicht von Bedarfsgegenständen über Lebensmittelverpackungen, Reinigungsmittel bis zu Kosmetika, Spielzeug, Tabakerzeugnissen und Tätowiermitteln. Für die Untersuchung der Produkte mit modernen Analysensystemen wie Gas- und Flüssigkeitschromatographie, Massenspektrometrie oder Elementanalytik und die lebensmittelrechtliche Beurteilung sind ausschließlich die Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker des LGL zuständig. Pro Jahr nehmen die Sachverständigen des LGL über 4.500 Proben dieser Artikel unter die Lupe. Weiterhin werden im ehemaligen Kurhausbad in Amtshilfe für die Bayerische Polizei die Blutalkoholproben für Bayern untersucht und ausgewertet – mehrere tausend pro Jahr.

Das weitere Aufgabenspektrum der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Gesundheitsbereich des LGL tätig sind, ist in der neuen Dienststelle breit gefächert. Dazu zählen unter anderem der Digitalisierung der Bayerischen Gesundheitsbehörden, die Suchtprävention, das spezielle Förderprogramm *Gesund.Leben.Bayern* und die *Ärzteversorgung im ländlichen Raum*. Am Institut für evidenzbasierte Kurortmedizin und Gesundheitsförderung (IKOM), werden die Kurorte und Heilbäder dabei unterstützt, ihre Kernkompetenzen weiter auszubauen.

In den vergangenen Jahren sind die historischen Gebäude Kurhausbad und der angrenzende Neumannflügel umfassend renoviert worden und es wurden 45 neue Labore mit High-End-



Technik eingerichtet. Die Sanierung am Kurhausbad und am Neumannflügel hatte 2018 begonnen und rund fünf Jahre gedauert. Die Gesamtkosten für die Sanierung und den Umbau beliefen sich auf fast 56,9 Mio. Euro.

Die neue Dienststelle wurde am 9. März 2023 vom Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber und vom Gesundheitsminister Klaus Holetschek offiziell eröffnet. Bei der Eröffnungsfeier waren einige Mitglieder des Fachbereichs

VHBB-Lebensmittelchemie in ihrer Rolle als Beschäftigte des LGL anwesend, der VHBB als Verband war leider nicht eingeladen.

Gesundheitsminister Klaus Holetschek sagte anlässlich der Eröffnungsfeier: *Das ist nicht einfach nur die Eröffnung eines weiteren Standorts des LGL. Die neuen Hightech-Labore sind ein Meilenstein hin zu einem modernen Gesundheits- und Verbraucherschutz. Ganz im Sinne des One-Health-Ansatzes können hier die Expertinnen und Experten des LGL unter modernsten Bedingungen über Fachgrenzen hinweg zusammenarbeiten. Ich freue mich, dass das nun in einem der schönsten und bekanntesten Kurorte*



Deutschlands möglich ist. Damit ist Bad Kissingen gleichzeitig auch der ideale Standort für das Institut für evidenzbasierte Kurortmedizin und Gesundheitsförderung des LGL. Umweltminister Glauber betonte: Das LGL sorgt auf höchstem Niveau für die Gesundheit und Sicherheit der Menschen in Bayern. Mit der neuen Dienststelle in Bad Kissingen erweitern wir das Sicherheitsnetz. Das neue Non-Food-Zentrum bringt den Verbraucherschutz in Bayern deutlich voran. Prof. Dr. Christian Weidner, Präsident des LGL, zeigte sich auch bei der Personalgewinnung zufrieden: Viele der neu einge-

stellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus der Region und freuen sich darüber, heimatnah arbeiten zu können. Und für die meisten ist es etwas ganz Besonderes, in einem Welterbe-Gebäude tätig zu sein. Auch der Oberbürgermeister von Bad Kissingen, Dr. Dirk Vogel zeigte sich erfreut darüber, dass in Bad Kissingen eine Dienststelle des LGL etabliert wurde.

Derzeit sind über 80 Beschäftigte am LGL-Standort Bad Kissingen tätig. Der Personalaufbau wird fortgesetzt, vorgesehen sind im Rahmen der ersten Stufe der Behördenverlagerung 100

Beschäftigte bis zum Jahr 2025. Im weiteren Verlauf sollen nochmals weitere 100 Beschäftigte am LGL-Standort in Bad Kissingen tätig sein: Unter anderem wird die zentrale Bildungseinrichtung des LGL, die Akademie für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (AGL), die die Qualifizierung des Personals im öffentlichen Gesundheitsdienst und gesundheitlichen Verbraucherschutz für ganz Bayern organisiert, künftig von der Kurstadt aus tätig sein.

Quellen: Pressemitteilung des LGL vom 09.03.2023
Nr. 06/2023, Fotos: Alexander Harand, LGL



Das VHBB-Team Ihrer Geschäftsstelle wünscht Ihnen gesegnete Weihnachten und alles erdenklich Gute für das Neue Jahr!

ÖFFNUNGSZEITEN der Geschäftsstelle

Die Geschäftsstelle ist geöffnet: **Montag bis Donnerstag 9.00 - 16.00 Uhr**
Freitag 9.00 - 14.00 Uhr

Außerhalb dieser Zeiten können Sie uns gerne jederzeit Ihre Nachricht auf den Anrufbeantworter sprechen. Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Telefonnummer an, damit wir Sie zurückrufen können.

Bitte beachten Sie, dass Rechtsschutz-Angelegenheiten und Schadensmeldungen nur während der Öffnungszeiten bearbeitet und weitergeleitet werden können.

Um gesetzliche und gerichtliche Fristen bei Rechtsschutzanträgen einhalten zu können, bitten wir Sie, diese deutlich vor Fristablauf einzureichen.

Vom 22. Dezember 2023 bis 5. Januar 2024 ist die Geschäftsstelle geschlossen.

In dieser Zeit wird unser Briefkasten regelmäßig geleert, um Schadensmeldungen etc. weiterzuleiten zu können!



FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 089 . 28001 11
Fax 089 . 280 56 64
E-Mail info@vhbb.de

Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e.V.

Kunst und Kultur

Ausflug des Fachbereichs Kunst und Kultur nach Regensburg

Nach längerer Corona bedingter Pause konnte auch der Fachbereich Kunst und Kultur wieder eine Veranstaltung anbieten. Der Weg führte am 24. Mai zur Bayerischen Landesausstellung und zum Museum der Bayerischen Geschichte nach Regensburg.

Auf Anregung von *Dr. Katrin Janis*, Leiterin des Restaurierungszentrums der Schlösserverwaltung und Mitglied im Fachbereichsrat Kunst und Kultur, fand die Exkursion gemeinsam mit Restauratorinnen und Restauratoren der Bayerischen Schlösserverwaltung statt.

Die diesjährige Landesausstellung wurde vom Haus der Bayerischen Geschichte gemeinsam mit dem Nationalmuseum Prag als Bayerisch-Tschechische Landesausstellung unter dem Titel *Barock! Bayern und Böhmen* konzipiert. Sie war vom 10. Mai bis 3. Oktober 2023 im Sonderausstellungsbe- reich (Donausaal) des Hauses der Bayerischen Geschichte in Regensburg zu sehen; vom 8. Dezember 2023 bis



Erfreulicherweise nahmen fast 30 Personen an dem Ausflug teil, die zunächst in zwei Gruppen durch die Ausstellung geführt wurden. Begleitet wurden sie von *Dr. Peter Wolf*, dem stellvertretenden Direktor des Hauses, und *Dr. Sabrina Hartl*, die wesentliche Teile

einer Führung kennenzulernen. Dabei wurde deutlich, dass die seit 2019 bestehende Ausstellung, die vor allem die Geschichte Bayerns im 19. und 20. Jahrhundert darstellt, in den vergangenen Jahren in einigen Bereichen nochmals überarbeitet und neu konzipiert worden war. Dank der ausgezeichneten und sehr kurzweilig vermittelten Fachkenntnisse von Herrn Dr. Marc Spohr, der durch die Ausstellung führte, konnte auch jeder, der das Museum schon einmal besucht hatte, neue Facetten entdecken.

So endete ein sehr lehrreicher und in jeder Hinsicht gewinnbringender Tag in Regensburg.

Fazit: Die Zusammenarbeit hat allen viel Freude bereitet, eine Wiederholung wäre wünschenswert!

Dr. Monika von Walter
Vorsitzende Fachbereich
Kunst und Kultur ■

„ Bayerisch-Tschechische Landesausstellung unter dem Titel *Barock! Bayern und Böhmen*

8. Mai 2024 wird sie im Nationalmuseum in Prag präsentiert. In der Ausstellung werden die wechselvollen Beziehungen beider Länder in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges und der Zeit danach thematisiert. Aufgrund der starken Zerstörungen in beiden Ländern war die Aufbauphase nach dem Krieg durch einen starken Bauboom im Stile des Barock geprägt, der bis heute sichtbare Spuren hinterlassen hat.

der Ausstellung kuratiert hatte. Beide führten äußerst sachkundig, kompetent und unterhaltsam durch die Ausstellung, zu der mehr als 150 hochrangige Exponate aus beiden Ländern zusammengetragen worden waren.

Nach einer ausgiebigen Stärkung im Wirtshaus des Museums bestand die Gelegenheit, auch die Dauerausstellung des Museums im Rahmen



Notwendige Erhöhung der Beiträge ab 1. Januar 2024

Der VHBB hat letztmalig die Beiträge bei der Delegiertenversammlung im Jahr 2012 erhöht. Diese Beitragsordnung wurde zum 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Der jetzige Vorschlag wird zum 1. Januar 2024, also 11 Jahre nach der letzten Erhöhung wirksam.

Gründe für die Beitragserhöhung

Gründe für die notwendige Beitragserhöhung sind die deutlich gestiegenen Kosten bei Miete, Porto, Papier, Bürobedarf, etc.) Zudem haben sich die Abgaben an übergeordnete Verbände deutlich erhöht. So stiegen die Beiträge für den Bayerischen Beamtenbund (BBB) und den Deutschen Beamtenbund (DBB) pro Mitglied seit dem Jahr 2012 um 5,32 Euro pro Jahr.

Im Herbst begingen die Tarifverhandlungen für die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst der Länder (TvL). Die aktuellen Forderungen sind 10,5 % mehr oder mindestens 500 Euro. Im Anschluss wird die Besoldung der Beamten an diesem Tarifabschluss, wie bisher auch, entsprechend angepasst. Die Beiträge an den BBB und DBB werden sich also im nächsten Jahr deutlich erhöhen, da der BBB seinen Betrag entsprechend der Erhöhung der Besoldung anhebt.

Maßvolle Erhöhung

Auf Vorschlag des Kassenleiters Paul Auer hat der Vorstand in mehreren Vorstandssitzungen die Beitragserhöhung diskutiert und sich schließlich auf einen einvernehmlichen Vorschlag geeinigt. Dieser maßvolle Vorschlag wurde am 17. November 2023 durch die Delegiertenversammlung einstimmig beschlossen.

Neue B E I T R Ä G E ab 01. Januar 2024
Der jährliche Mitgliedsbeitrag mit **obligatorischer**

Versicherung beträgt:

A 13 / E-13	€ 100,00
A 14 / E-14	€ 120,00
A 15 / E-15	€ 145,00
A 16	€ 175,00
B 2	€ 180,00
B 3 - B 5	€ 200,00
B 6 und höher	€ 220,00
Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte	€ 115,00
Teilzeitbeschäftigte	€ 100,00
Altersteilzeitbeschäftigte	90 % des letzten Beitrags
Doppelmitglieder	€ 100,00
Beurlaubte	€ 100,00
Referendarinnen und Referendare (ohne Versicherung)	€ 10,00

Die neue Beitragsordnung sieht nun eine Erhöhung in drei Stufen vor: Für die Besoldungsgruppen **A-13**, **A-14** und **A-15** wird der Beitrag um **10 Euro** erhöht. Für die Besoldungsgruppen **A-16** und **B-2** wird der Beitrag um **15 Euro** erhöht. Für die Besoldungsgruppen **B-3** und **höher** wird der Beitrag um **20 Euro** erhöht.

Die Beiträge für **Ruhestandsbeamten, Teilzeitbeschäftigte, beurlaubte** oder **Doppelmitglieder** werden um jeweils **10 Euro** erhöht.

Die neu beschlossene Beitragsordnung finden Sie auf der nächsten Seite.

Paul Auer
Kassenleiter

Wenn es bei Ihnen zu einem **Schadensfall** gekommen ist, den Sie der **Privat-Haftpflichtversicherung** (die Sie über den VHBB abgeschlossen haben) melden möchten:

Senden Sie diese **SCHADENSMELDUNG** immer an die Geschäftsstelle des VHBB. Gerne werden wir Ihre Meldung mit einem entsprechenden Vermerk über Ihren Versicherungsumfang an die Versicherung weiterleiten.

Falls Sie Fragen haben, rufen Sie uns bitte an.



FÜHRUNGSKRÄFTE BAYERISCHER VERWALTUNGEN

Verband der höheren Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V.

Wotanstraße 86
80639 München
Telefon 089 . 280 01 11
Fax 089 . 280 56 64
E-Mail info@vhbb.de

BEITRAGSORDNUNG

Gültig ab 01.01.2024

1. Der jährliche Mitgliedsbeitrag **mit obligatorischer Versicherung** beträgt in den Besoldungsgruppen

A 13 / E-13	€	100,00
A 14 / E-14	€	120,00
A 15 / E-15	€	145,00
A 16	€	175,00
B 2	€	180,00
B 3 - B 5	€	200,00
B 6 und höher	€	220,00

2. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt für

- **Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamte** € **115,00**
- **Teilzeitbeschäftigte** € **100,00**
(mehr als 20 % Arbeitszeit ermäßigt)
- **Altersteilzeitbeschäftigte** **90 % des letzten Beitrags**
- **Doppelmitglieder** € **100,00**
(die neben dem VHBB einer weiteren berufsständischen Organisation wie z.B. dem Verband der Bayer. Verwaltungsrichter angehören)
- **Mitglieder des Landtags und des Bundestags** € **100,00**
- **Beurlaubte** € **100,00**
- **Referendarinnen und Referendare (ohne Versicherung)** € **10,00**

Bei einer Mitgliedschaft ohne obligatorische Versicherung ermäßigt sich der Beitrag um € 20,00 pro Jahr (siehe Nr. 4.).

Der zusätzliche jährliche Beitrag zum Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst (BLC) wird durch den VHBB eingezogen. Die Höhe richtet sich nach der Beitragsordnung des BLC.

Für alle ermäßigten Beiträge ist ein Antrag erforderlich. Die Ermäßigung kann nicht rückwirkend gewährt werden.

b.w.



3. In die Mitgliedsbeiträge eingeschlossen sind die Versicherungsbeiträge für die **Privathaftpflichtversicherung** und die **Amtshaftpflichtversicherung** für Haftungen aus Verwaltungs- und/oder Lehrtätigkeit.
Die Deckungssummen betragen bei beiden Versicherungen:
 - € **1.500.000,- für Personen- und/oder Sachschäden**
 - € **50.000,- für Vermögensschäden**
4. Ein Mitglied kann beim Eintritt in den Verband oder während seiner Mitgliedschaft schriftlich erklären, dass es **keinen Versicherungsschutz** wünscht.
Erfolgt die Erklärung während der Mitgliedschaft, so kann sie nur zum Beginn des nächsten Kalenderjahres erfolgen und ist nur wirksam, wenn sie spätestens am vorangehenden 30. September bei der Geschäftsstelle eingegangen ist. Der jährliche Mitgliedsbeitrag **verringert sich um € 20,00**. In diesem Fall sind keine Zusatzversicherungen möglich.
5. Bei Mitgliedern, die sich dem Einzugsverfahren angeschlossen haben, wird der Jahresbeitrag frühestens ab dem **01. März des Jahres** eingezogen.
Soweit Mitglieder noch nicht am Einzugsverfahren teilnehmen, sind die jährlichen Beiträge jeweils am **01. März eines Jahres** auf eines unserer Konten zu überweisen:

Sparda Bank München IBAN: DE 78 7009 0500 0003 3964 52
BIC: GENODEF1S04

Überzahlungen können nur bis Jahresschluss berücksichtigt werden.

6. Wenn der Bankeinzug wegen geänderter Bankverbindung misslingt und deshalb wiederholt werden muss, sind die anfallenden Bankgebühren vom Mitglied zu tragen, wenn es seiner Meldepflicht (siehe Punkt 13.) nicht rechtzeitig nachgekommen ist.
7. Wird ein Mitglied wegen rückständiger Beiträge **zweimal** gemahnt, wird bei der zweiten Mahnung eine Mahngebühr von € 5,00 erhoben.
8. Die Beitragspflicht beginnt mit dem Aufnahmetag (§ 6 Abs. 2 der Satzung).
9. Gemäß § 4 Abs. 2 der Satzung kann der Austritt eines Mitglieds nur zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden und ist nur wirksam, wenn die schriftliche Austrittserklärung spätestens am 30. September dieses Jahres bei der Geschäftsstelle eingegangen ist. Der Beitrag ist bis zum Ende des Kalenderjahres zu entrichten, in dem der Austritt wirksam wird.
10. Endet die Mitgliedschaft durch Tod oder Ausschluss, so erlischt die Beitragspflicht des Mitglieds mit Ablauf des Monats, in dem das Mitglied verstorben ist oder ausgeschlossen wird. Vorausbezahlte Beiträge werden anteilig zurückerstattet.
11. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es mindestens sechs Monate mit seiner Beitragspflicht im Rückstand ist, zweimal schriftlich gemahnt wurde und keine stichhaltige Begründung für das Versäumnis geben kann (§ 4 Abs. 3 der Satzung).
12. Der Vorstand kann in besonderen Fällen Beiträge ermäßigen, von der Beitragsverpflichtung befreien sowie rückständige Beiträge erlassen (§ 6 Abs. 3 der Satzung).
13. Gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung ist jedes Mitglied verpflichtet, wichtige persönliche Veränderungen (z.B. Verheiratung, Versetzung, Beförderung, Ruhestandsversetzung, Wohnungsänderung, Bankverbindung) der Geschäftsstelle des Verbandes schriftlich mitzuteilen.

Als neue Mitglieder begrüßen wir herzlich

<i>Urs-Albrecht Alberter</i>	<i>Regierungsrat</i>	<i>Landratsamt Traunstein</i>
<i>Dr. Sven Bittner</i>	<i>Oberkonservator</i>	<i>Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege</i>
<i>Andreas Enkert</i>	<i>Regierungsrat</i>	<i>Bayerisches Landesamt für Asyl und Rückführungen, Dienstszitz Manching</i>
<i>Dr. Raphael Gaillard</i>	<i>Regierungsdirektor</i>	<i>Bayerisches Landesamt für Pflege</i>
<i>Lisa Gerhart</i>	<i>Regierungsrätin</i>	<i>Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege</i>
<i>Johannes Götz</i>	<i>Oberregierungsrat</i>	<i>Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration</i>
<i>Stefan Greineder</i>	<i>Baudirektor</i>	<i>Staatliches Bauamt Krumbach</i>
<i>Catherine Hasslinger</i>	<i>Regierungsrätin</i>	<i>Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei</i>
<i>Sven Hilpert</i>	<i>Regierungsrat</i>	<i>Landratsamt Main Spessart</i>
<i>Ralf Kinkel</i>	<i>Regierungsdirektor</i>	<i>Landratsamt Ostallgäu</i>
<i>Daniela Klampfl</i>	<i>Regierungsrätin</i>	<i>Regierung von Niederbayern</i>
<i>Marie-Luise Krammer</i>	<i>Baurätin</i>	<i>Staatliches Bauamt München 1</i>
<i>Janine Lang</i>	<i>Baurätin</i>	<i>Staatliches Bauamt Würzburg</i>
<i>Florian Luderschmid</i>	<i>Regierungspräsidenten</i>	<i>Regierung von Oberfranken</i>
<i>Dr. Sabrina Pechtold</i>	<i>Oberregierungsrätin</i>	<i>Landratsamt Starnberg</i>
<i>Dr. Christof Trepesch</i>	<i>Ltd. Museumsdirektor</i>	<i>Kunstsammlungen und Museen, Stadt Augsburg</i>
<i>Volker Wolfrum</i>	<i>Ltd. Verwaltungsdirektor</i>	<i>Stadt Nürnberg, Amt für Existenzsicherung und soz. Integration</i>

Impressum

HERAUSGEBER & REDAKTIONSANSCHRIFT

VHBB – Verband der höheren Verwaltungsbeam-
tinnen und Verwaltungsbeamten in Bayern e. V.,
Wotanstraße 86, 80639 München,
Telefon: 089/28001 11,
E-Mail: info@vhbb.de, Internet: www.vhbb.de
ISSN 1862-6890

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH

Peter Meyer, Direktor
Bezirk Oberfranken

GESTALTUNGSKONZEPT

Petra Felser

REDAKTION, SATZ & LITHO

Roland Hoffmann, VHBB

DRUCK

Druckerei Butt
Obere Hauptstraße 30
84072 Au i. d. Hallertau

AUTOREN

Dr. Norbert Christoph, Ltd. Chemiedirektor a. D.

Johannes Eisentraut, Vermessungsdirektor a.D

Roland Hoffmann, VHBB

Peter Meyer, Direktor
Bezirk Oberfranken

Frieder Vogelsgesang, Ltd. Baudirektor
Regierung von Oberbayern

Otto Waldmann, Ltd. Baudirektor
Regierung von Schwaben

Dr. Monika von Walter, Archivoberrätin
Bayerisches Hauptstaatsarchiv


Die namentlich gekennzeichneten Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar.
Nachdruck von Texten und Fotos nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Fotos, wenn nichts anderes angegeben: Roland Hoffmann

Wir bitten um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für die Beilage unseres Werbepartners Münchenstift.



Wir gedenken unseren verstorbenen Mitgliedern

Mai 2021	Helmut Sauer	Ministerialdirigenten a.D.	München
März 2022	Heinrich Geierstanger	Ministerialrat a.D.	München
Mai 2022	Klaus Werner Lotz	Präsidenten a.D.	München
August 2022	Dipl.-Ing. Peter Maier	Ltd. Baudirektor a.D.	Roth
September 2022	Dr. jur. Otto Reigl	Verbandsdirektor a.D.	München
Oktober 2022	Helmut Kerler	Baudirektor a.D.	Aiterhofen
Oktober 2022	Vitus Danzl	Baudirektor a.D.	Teisendorf
November 2022	Helmut Kreitmeier	Ltd. Regierungsdirektor a.D.	Augsburg
November 2022	Eberhard Düll	Ltd. Rechtsdirektor a.D.	Ansbach
Dezember 2022	Johann Störle	Ministerialrat a.D.	München
Januar 2023	Alfons Mark	Richter a.D.	Oberaudorf
Januar 2023	Dr. Heinz Honnacker	Richter a.D.	München
Januar 2023	Gerhard Jungkunz	Ltd. Chemiedirektor a.D.	Erlangen
Januar 2023	Elisabeth Hammerl	Regierungsdirektorin a.D.	Regensburg
Februar 2023	Heinz W. Schmitt	Ministerialrat a.D.	Germering
Februar 2023	Bertram Walter	Ltd. Ministerialrat a.D.	München
März 2023	Prof. Dipl.-Ing. Werner Toepel	Ministerialrat a.D.	Holzkirchen
März 2023	Reinhold Arneth	Vors. Richter a.D.	Weilheim
März 2023	F. Peter Specht	Ministerialrat a.D.	Starnberg
März 2023	Ludwig Hersel	Ltd. Regierungsdirektor a.D.	Erlabrunn
März 2023	Dietrich Klocke	Ltd. Forstdirektor a.D.	Ansbach
März 2023	Hans Rödl	Ltd. Baudirektor a.D.	Bayreuth
April 2023	Richard König	Ltd. Baudirektor a.D.	München
April 2023	Horst Rehwald	Ltd. Baudirektor a.D.	München
April 2023	Alexander Freiherr von Venningen	Forstdirektor a.D.	Neidenstein
Mai 2023	Norbert Schmitt	Baudirektor	Bamberg
Juni 2023	Alfons Will	Baudirektor a.D.	Burgkunstadt
Juli 2023	Dr. Joachim Gillessen	Altlandrat	Pullach
Juli 2023	Dieter Partenfelder	Baudirektor a.D.	Landshut
August 2023	Gernot Weber	Baudirektor a.D.	München
August 2023	Martin Trettenbach	Ltd. Baudirektor a.D.	München
August 2023	Richard Brunner	Baudirektor a.D.	Gundelsheim
September 2023	Dr. Rolf Bauer	Landrat a.D.	Marktbreit
September 2023	Dr. Bartel Klein	Forstpräsidenten a.D.	Münchberg
September 2023	Klaus Kreitingner	Abteilungsdirektor a.D.	Nürnberg
September 2023	Viktor Schreier	Ltd. Regierungsdirektor a.D.	Neusäß
September 2023	Helmut Bock	Baudirektor a.D.	Forchheim
November 2023	Heinz Ruckdeschel	Forstoberrat a.D.	Selb
November 2023	Ulrich May	Baudirektor a.D.	München




*Wir planen auch Ihre Rente –
als wär's unsere eigene.*

**Sichere Rente
schon mit
wenig Geld!**

Genießen Sie's!

VER|**SICHER**|UNGS
KAMMER
BAYERN

 Finanzgruppe

Sichere Rente schon mit wenig Geld! Damit Sie jetzt und auch in Zukunft auf nichts verzichten müssen und flexibel bleiben. Ganz gleich, was Sie sich für Ihr Leben noch vorgenommen haben, mit einer privaten Altersvorsorge bleiben Sie stets unabhängig. Damit erhalten Sie weitaus mehr als die knappe gesetzliche Rente. Bleiben Sie finanziell abgesichert – auch in Zukunft. Wir sagen Ihnen gerne, wie. Weitere Informationen zum Thema Rente finden Sie auch auf www.versicherungskammer-bayern.de.



MÜNCHENSTIFT

**Service
für Senioren**

Vertrauen



Lebenslust



Gemeinschaft



Möglichkeiten

Das Zuhause für Münchner Senioren

Die MÜNCHENSTIFT ist einer der größten Anbieter von Dienstleistungen für Senioren in München. In 13 Häusern und mit einer Reihe von häuslichen Diensten bieten wir Ihnen zuverlässige Unterstützung und Pflege und darüber hinaus zahlreiche Möglichkeiten zur Erleichterung und Bereicherung Ihres Alltages.

- Selbständiges Wohnen
- Wohnen mit Service
- Wohnen mit Pflegeangeboten
- Ambulanter Pflegedienst
- Tagespflege
- Münchner Menü-Service

Rufen Sie an: 089 62020-340
www.muenchenstift.de